

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthhätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 59/63, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 257.

Donnerstag, den 2. November 1905.

12. Jahrg.

Steuern eine Beilage.

## An die Parteigenossen!

Die Haltung des „Vorwärts“ einerseits als Generalorgan der Partei, andererseits als Solalorgan der Genossen von Groß-Berlin ist seit einer längeren Reihe von Jahren Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen, sowohl auf Parteitagungen wie in den zunächst interessierten Kreisen.

Die Hauptvorwürfe gegen die Redaktion lauteten: Der „Vorwärts“ betriebe die prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen höchst mangelhaft und er nehme, beflusst durch die zwei in der Redaktion sich gegenüberstehenden Strömungen, zu den in der Partei auftauchenden Fragen entweder keine oder zu spät Stellung oder er schwante unentschieden hin und her.

Konferenzen, die im Laufe der Jahre zwischen dem Parteivorstand und der Pressekommision manchmal auch unter Hinzuziehung der Vertrauensleute und der übrigen Parteifunktionäre von Groß-Berlin und der Redaktion öfter stattfanden, führten wohl zu einer gründlichen Aussprache, zuweilen auch zu Beschlüssen, durch die gehofft wurde, die größten vorhandenen Uebelstände zu beseitigen. Es stellte sich aber regelmäßig in Kürze wieder heraus, daß alle diese Abmachungen ihre Wirkung verfehlten. Die in der Redaktion vorhandenen gegensätzlichen Anschauungen ließen sich nicht beseitigen. Schließlich konnten wir auch von den Genossen in der Redaktion, deren Haltung hauptsächlich Gegenstand der Kritik war, nicht verlangen, daß sie als einzelne Leute Anschauungen vertreten sollten, die sie nicht bejaßen. Andererseits konnte man sich zu dem einzigen wirksamen Mittel nicht verstehen, die Vertreter der nicht gebilligten Richtung durch Kündigungen aus der Redaktion auszuschließen und dadurch die Redaktion einheitlich zu gestalten.

Erörterungen über die Haltung des „Vorwärts“ sind, wie schon hervorgehoben, auch mehrfach auf Parteitagen gepflogen worden, so besonders auf den Parteitagen zu Lübeck 1901 und zu Dresden 1903.

Inbesondere gaben die Verhandlungen des letzteren Anlaß, nach demselben aufs neue im Kreise der zunächst dazu Berufenen, dem Parteivorstand, der Kontrollkommission, der Pressekommision, den Vertrauenspersonen von Groß-Berlin und der Redaktion in Erörterungen über die künftige Haltung des „Vorwärts“ einzutreten. Es wurden auch entsprechende Beschlüsse gefaßt. Aber auch jetzt wieder stellte sich bald heraus, daß die alten Uebelstände aus den schon angeführten Ursachen weiter bestehen blieben. Die verschiedenen Meinungsabstufungen, die zu Ende des verflorenen Jahres und im Laufe dieses Jahres bis zum Jenaer Parteitag in einem Teile der Parteipresse zum Ausdruck kamen und in die auch der „Vorwärts“ verwickelt war, zeigten die öfter gerügten Uebelstände in besonderem Grade. In der Redaktion war schon seit Jahren die Einrichtung getroffen worden, daß bei Meinungsverschiedenheiten über die Haltung, die der „Vorwärts“ gegenüber in der Partei auftauchenden Fragen einnehmen solle oder über die Aufnahme oder Nichtaufnahme von Artikeln, oder ob ein bestimmter Artikel als redaktionell angesehen oder unter der Signatur seines Verfassers als dessen persönliche Anschauung erscheinen sollte, durch Mehrheitsbeschlüsse entschieden wurde.

Hierbei standen sich in der Regel die Anhänger der beiden Strömungen gegenüber und zwar meist 6 gegen 4 Stimmen, wobei gewöhnlich die Stellung der Mehrheit von der Vertretung der Berliner Genossen und dem Parteivorstand nicht als die ihrige anerkannt wurde.

Solche Vorgänge veranlaßten, daß die Pressekommision und die Vertrauenspersonen von Groß-Berlin abermals beschlossen, vom 17. Juni eine Konferenz nach dem Gewerkschaftshaus zu berufen, zu welcher der Parteivorstand, die Redaktion des „Vorwärts“ und die übrigen Funktionäre nebst dem Reichstags-Abgeordneten von Groß-Berlin geladen wurden. In dieser Konferenz kam es zu langen und scharfen Auseinandersetzungen. Die Ausführungen, die hierüber Genosse Bebel als Beauftragter des Parteivorstandes auf dem Jenaer Parteitag machte, anläßlich der Beratung des Antrages der Genossen von Groß-Berlin, dem „Vorwärts“ den Charakter als Solalorgan zu nehmen und so ihn zum Solalorgan der Berliner Genossen werden zu lassen, lauten nach dem Protokoll über den Jenaer Parteitag (Seite 187 und 188):

„In bezug auf die Haltung des „Vorwärts“ in taktischer und prinzipieller Hinsicht kann ich ebenfalls eine volle Harmonie zwischen den Berliner Parteigenossen und dem Parteivorstand konstatieren. Als am 17. Juni d. J., nicht auf unsere Einladung, sondern auf Einladung der Berliner Parteigenossen, die Vertrauensleute Berlins, die Pressekommision, die Solalkommision, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, die Vertreter Berlins im Reichstage, die Redaktion

des „Vorwärts“ und der Parteivorstand zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentraten, ergaben die Verhandlungen folgendes Bild: Nach längeren Auseinandersetzungen nahm ein Mitglied des Parteivorstandes das Wort, polemisirte in scharfen Ausführungen gegen die Haltung des „Vorwärts“ und hatte programmäßig nachzuweisen gesucht, was nach seiner Meinung notwendig sei in bezug auf das Blatt und seine redaktionelle Führung. Diese Ausführungen fanden in dem Maße den Beifall der gesamten Berliner Parteivertreter, daß aus der Mitte der Parteigenossen Berlins der Antrag gestellt wurde, die Ausführungen des betreffenden Parteivorstandesmitgliedens gewissermaßen als Programm des „Vorwärts“ der Redaktion zu empfehlen. Und als die betreffende Person den Versuch machte es abzulehnen, daß sie quasi als Sachverständiger in den Vordergrund geschoben wurde und hat, man möge eine Resolution annehmen, die etwa das Folgende besagte, wurde das abgelehnt und einstimmig wurde beschlossen, daß diese Ausführungen der Redaktion zur Beachtung empfohlen werden. (Zurück der Berliner: Es wurde aber nicht danach gehandelt.) Bewiß, das sieht auf einem anderen Blatt. Es waren eben Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Redaktion vorhanden, das ist ja in der letzten Zeit erst wieder hervorgetreten.“

Und weiter heißt es, nachdem Bebel beauftragt hatte, den Antrag der Berliner Genossen abzulehnen:

„Wir sind auf der anderen Seite, falls wir wieder gewählt werden, entschlossen, alles aufzubieten, um die berechtigten Klagen, die wir vollständig mit den Berliner Genossen teilen, zu beseitigen und Mittel und Wege zu beraten, wie dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustand — das betone ich (Beifalles sehr richtig! bei den Berliner!) — abgeholfen werden kann. Liebe Genossen! Die Dinge müssen allemal erst ihren Höhepunkt erreichen, ehe man zu entscheidenden Maßnahmen greifen kann, es muß erst das allgemeine Bewußtsein vorhanden sein, daß es so nicht weiter geht.“

Und der Genosse Wels, der als Redner der Vertreter für Groß-Berlin den Antrag hatte, den Antrag der Berliner Genossen zu begründen, äußerte in bezug auf die Haltung des „Vorwärts“ (Siehe das Protokoll des Jenaer Parteitages Seite 179 und 180): Wir wollen ein eigenes Organ haben, in welchem die Meinung der Berliner Genossen ihren unverfälschten Ausdruck findet. (Sehr richtig!) ... Die Streitigkeiten (mit dem „Vorwärts“) sind ja mit darauf zurückzuführen, daß er nicht schnell genug Stellung nimmt, auch die Berliner vermissen das. ... Wir selber ergreifen Partei und wollen, daß der „Vorwärts“ zu allen Parteifragen klar und unzweideutig Stellung nimmt. (Sehr richtig!) Das scheint auch die Meinung des Parteivorstandes zu sein. Es ist in verschiedenen Sitzungen dem „Vorwärts“ aufgegeben worden, mehr Salz zu verwenden. In Dresden hat Bebel grundlegende Änderungen in der Redaktion angekündigt und die Frucht dieser Ankündigung war: wir haben Sitzungen gehabt, wir haben uns die Wahrheit gesagt und dabei ist es geliebt.“

Aus diesen Ausführungen des Genossen Wels geht klar hervor, daß die bei dem „Vorwärts“ früher gerügten Mängel ungeachtet aller Kritik und Beschlüsse nach wie vor weiter bestanden und die Genossen von Groß-Berlin wesentlich zu der Forderung mitbestimmten, den „Vorwärts“ als ihr Organ allein zu besitzen, um durchzuführen, was bisher als nicht möglich angesehen wurde.

Es geht aber auch weiter aus den Ausführungen von Bebel und Wels mit aller wünschenswerten Klarheit hervor, daß es eine durchaus falsche und irreführende Auffassung ist, welche die sechs Redakteure in ihrem an der Spitze des „Vorwärts“ vom 26. Oktober abgedruckten Artikel, betitelt „Aufklärung“, geben, wonach durch die Beschlüsse der Konferenzen, die am 1. und 8. September dieses Jahres mit dem Parteivorstand, der Pressekommision und der Redaktion vereinbart wurden, man habe annehmen müssen, daß nunmehr alles in Ordnung sei und zu weitergehenden Änderungen keine Veranlassung mehr vorgelegen habe. Das Gegenteil hiervon besagen die namens des Parteivorstandes und der Vertreter von Groß-Berlin am 18. September in Jena gehaltenen Reden, die 10 bezw. 17 Tage nach den Erörterungen in den erwähnten Konferenzen am 1. und 8. September gehalten wurden.

Es ist auch in der Parteipresse wie in sonstigen Mitteilungen darauf hingewiesen worden, daß das jetzige Vorgehen des Parteivorstandes und der Gesamtvertretung der Genossen von Groß-Berlin mit den Beschlüssen der Jenaer Kommission des Jenaer Parteitages im Widerspruch liegen.

Auch diese Auffassung ist grundfalsch! Die Jenaer Kommission wurde eingeleitet zu dem Zweck die Presseleuten, die längere Zeit vor dem

Jenaer Parteitag bis zu diesem selbst einen für die Partei bedenkliehen Charakter angenommen hatten, einer Beurteilung zu unterziehen und Vorschläge zu machen, wie künftig ähnliches vermieden werden könne.

Die Kommission hat diesem Auftrag entsprochen, wie die von ihr vorgeschlagene Resolution Nr. 155 (S. 144 des Protokolls über den Jenaer Parteitag) zeigt. Diese Resolution wurde von dem Parteitag einstimmig angenommen. Ihr Inhalt und Zweck hätte mit den Vorgängen im „Vorwärts“, die uns in den letzten Wochen beschäftigten, höchstens nur insofern zu tun, als es in dieser Resolution unter 11 heißt:

„Die prinzipielle Aufklärung (durch die Parteipresse) hat entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdener Resolution zu erfolgen.“

Aus den oben zitierten Stellen aus den Reden von Bebel und Wels geht auch unzweifelhaft hervor, daß man nunmehr von Seiten des Parteivorstandes wie der Vertretung von Groß-Berlin fest entschlossen war, von Grund aus Wandel zu schaffen, da es so wie bisher nicht fortgehen könne.

Es ist also nur ein Zeichen einer kaum für möglich gehaltenen Kurzsichtigkeit oder Vergeßlichkeit, daß man jetzt nicht nur seitens der sechs Redakteure, sondern auch seitens eines Teiles der Parteipresse im höchsten Grade überrascht und empört ist über das vom Parteivorstand und der Pressekommision eingeschlagene Verfahren.

Wie entwickelten sich nun die Dinge nach Jena?

Noch ehe der Parteivorstand Zeit hatte, sich mit der „Vorwärts“-Frage zu beschäftigen, erhielt er eine Einladung von der Pressekommision und den Vertrauensleuten von Groß-Berlin zu einer Konferenz für Montag, den 2. Oktober, um über seine Reformvorschlüsse betreffend den „Vorwärts“ zu beraten.

Hierzu stellt sich also die Behauptung der sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung“ als falsch und unzutreffend heraus, daß unmittelbar nach dem Jenaer Parteitag der Vorstand geheime Beratungen, zunächst mit den Parteifunktionären von Groß-Berlin, und sodann mit der Pressekommision begonnen habe.

Nicht der Vorstand veranfaßte die Sitzung am 2. Oktober, sondern er war, wie nachgewiesen, hier wie am 17. Juni der Geladene, ja bis zu einem gewissen Grade der Angeklagte. Daß zu dieser Sitzung am 2. Oktober die Redaktion nicht geladen wurde, ist folglich auch nicht Schuld des Vorstandes. Pressekommision und Vertrauensleute — die Veranstalter jener Versammlung — betrachteten es eben als selbstverständlich, daß, nachdem seit Jahren alle Mittel in Gemeinschaft mit der Redaktion, dem „Vorwärts“ eine Haltung zu geben, die den Anschauungen der sehr großen Mehrheit der Genossen in Groß-Berlin entsprach, verlagert hätten, nunmehr für sich und in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand zu beraten, wie den Mängeln endlich abgeholfen werden könne.

Und der Parteivorstand, der als der Geladene erschien, fand die Nichteinladung der Redaktion zu dieser Sitzung so selbstverständlich, daß er gar nicht daran dachte, dagegen Einspruch zu erheben.

Wie kein Mensch sich in eine Sitzung drängen wird, in der von den zuständigen Organen über eine Gehaltserhöhung für ihn beraten und beschlossen werden soll, so sollte auch keiner das Verlangen aussprechen, um jeden Preis Verhandlungen beizuwohnen, in denen es sich um seine eventuelle Kündigung handelt, weil die über sein Tun und Lassen zur Entscheidung berufenen Organe eine solche möglicherweise für notwendig halten.

Es ist auch absurd, wenn die 6 Redakteure von diesen und den folgenden Sitzungen von geheimen Sitzungen sprechen. Alle derartigen Sitzungen sind nicht öffentlich, das sollten Leute, die oft an ähnlichen Sitzungen teilnahmen, allmählich begriffen haben.

Der Verlauf der Konferenz am 2. Oktober war kurz folgender:

Auf die Anfrage an den Parteivorstand, welche Maßnahmen derselbe bezüglich Änderungen in der Redaktion des „Vorwärts“ in Vorschlag zu bringen habe, mußte er erklären, daß die ihm durch den Jenaer Parteitag auferlegten Arbeitslast ihn bis jetzt verhinderte, sich mit Reformvorschlüssen zu beschäftigen, daß dieses aber in Kürze geschehen solle.

Darauf wurde dem Parteivorstand von allen Seiten geantwortet, daß seine Erklärung peinlich berühre. Man habe annehmen müssen, der Vorstand mache endlich ernst, es schiene aber, daß er wenig Mühe habe, ein neue Ordnung im „Vorwärts“ zu schaffen und die Sache abermals verschleppt werden solle. Die Berliner Parteigenossen wollten

sch aber nicht länger hinhalten lassen. Der Vorgang zeige wieder, wie berechtigt ihr Verlangen sei, den „Vorwärts“ als ihr Organ zu besitzen.

**Endbeschluss:** Parteivorstand und Presbkommission werden beauftragt, sich baldigst zu verständigen und ihre Vorschläge der Gesamtbekretung von Groß-Berlin zu unterbreiten.

Hierauf beschäftigte sich der Parteivorstand in seiner nächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit und machte in der gemeinsamen Sitzung mit der Presbkommission am Freitag, den 6. Oktober, folgende Vorschläge:

Da bisher eine Menge Differenzen in der Redaktion dadurch entstanden seien, daß die Mehrheit der Redaktion einen anderen Standpunkt habe als die große Mehrheit der Genossen Berlins und der Parteivorstand, so müsse eine dementsprechende Mehrheit geschaffen werden. Der Parteivorstand schlage demgemäß vor, den Genossen Wittner und Rüttel zu kündigen, den Genossen Fülle in die Redaktion aufzunehmen und an Stelle Wittners einen neuen Redakteur einzustellen. Die Genossin Lutzmann solle als Mitarbeiterin aufgenommen werden, die jede Woche zwei Leitartikel liefern solle. Diese Artikel sollten ihrer Tendenz wegen nicht zurückgewiesen werden können, es sei denn, daß preßgesetzliche Bedenken obwalteten oder Gründe anderer Art (sachliche oder programmatische) die Beauftragung eines Artikels durch wenigstens drei Redakteure veranlassen, worauf die Aufnahme zu unterbleiben und sofort Parteivorstand und Presbkommission über dieselbe entscheiden sollten. Die letztere Vorschrift entspricht einem Beschlusse, der schon Anfang September durch Parteivorstand, Presbkommission und Redaktion gefaßt worden war.

Es ist also abermals jäh und zeigt nur, aus welcher trübenden Quellen die sechs Redakteure schöpften, wenn sie in ihrer sogenannten „Aufklärung“ behaupten, daß die Genossin Lutzmann mit Recht einer gewissen Zwangsmaßnahme ihrer Artikel und einem Privatverbot hinsichtlich der redaktionellen Kontrolle als klandide Mitarbeiterin eingestellt werden sollte.

Wenn ferner die sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung“ sagen, die Aufnahme Stadthagens in die Redaktion sei ihnen nicht annehmbar gewesen, so möge zur Charakterisierung einer so leichtfertig ausgesprochenen Begründung darauf aufmerksam gemacht werden, daß Stadthagen seit 1893 mit festem Gehalt angestellter Redakteur für den juristischen Teil des „Vorwärts“ ist und als solcher auch an den Sitzungen der Redaktion mit Stimmrecht teilzunehmen konnte, aber es schon 1899, als die Einrichtung getroffen wurde, kritische Fragen in der Redaktion durch Mehrheitsbeschlüsse zu entscheiden, ablehnte, an diesen Beratungen teilzunehmen. So sieht es mit der Mehrheitsliebe und mit dem guten Geschmaack der sechs Redakteure aus.

Die erwähnten Vorschläge des Parteivorstandes wurden von der Presbkommission als völlig ungenügend befürwortet. Der Parteivorstand wolle ein paar „keine“ Redakteure preisgeben, aber die eigentlich Schuldigen in der Redaktion belassen; damit sei den Berliner Genossen nicht gebührt. Unter letzteren bestehe in den weitesten Kreisen die Ansicht, es müsse in erster Linie Gradnauer gekündigt werden, den man als Hauptstirn des Aufstoßes ansehe, ebenso dem Genossen Wegler, dagegen sei man bereit, Wittner zu kündigen, aber nicht Rüttel; außerdem wurde vorgeschlagen, Stadthagen zur dauernden Mitarbeit in die Redaktion zu ziehen, auch sei man damit einverstanden, die Genossin Lutzmann als Mitarbeiterin aufzunehmen. Der Parteivorstand erklärte, daß er auf der gleichen Annahme seiner Vorschläge nicht bestehe. Man könne eine bessere, ausgeprägtere er sie. Sollte Gradnauer und Wegler gekündigt werden, so erwarte er Vorschläge für passenden Ersatz. Gegen eine erweiterte Beschäftigung Stadthagens habe man nichts einzuwenden.

**Endresultat:** Die Presbkommission wurde ersucht, zunächst unter sich Vorschläge zu beraten und diese dem Parteivorstande zu unterbreiten. Ueber die gegliederten Verhandlungen wurde vorläufige Geheimhaltung beschlossen.

Dieser letztere Beschluß stellte sich schon am nächsten Tage als heuchelhaft heraus. Etwas wurde noch während der Sitzung festgestellt, daß einer der sechs Redakteure längere Zeit als Besucher an der Tür zum Konferenzzimmer hand und weiter ergab sich, daß auch aus dem Kreise der Beratenden der einhimmelige Schwiegebeschlusse nicht gehalten worden war.

Von jetzt ab werden die Sitzungen statt im Konferenzzimmer der Redaktion im Bureau des Parteivorstandes abgehalten. Die Darstellung der sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung“, wonach die Vorschläge dieser Sitzung für geheim erklärt wurden, ist also auch unzutreffend. Es werden Beschlossene über Bestimmung bestimmter Personen in der Redaktion gar nicht gefaßt, sondern alles blieb in Schweig. Nicht die Beschlossene, sondern die Verhandlungen über die Personen sollten zunächst als vertraulich angesehen werden.

(Fortsetzung in der Beilage.)

## Politische Standfragen.

### Deutschland.

Was sagt nun Bobbielski? Ja: hat auch eine deutsche Bundesversammlung zugegeben, daß ein Fleißnot in Deutschland existiert, und ein deutsches Bundesparlament hat zu ihrer Bekämpfung die Devisen der Graven für Schlesien verlangt! Dieser Schritt, der Herr v. Bobbielski natürlich vor dem Reichstag hat, ist im Vergleich mit der Behandlung von Liechtenstein, von dem man weiß, daß er ein einseitig durch einen Vertrag erlangtes, nicht einseitig durch einseitige Schritte zu tun, die gemein sind, der Fleißnoterzeugung zu tun, und durch Verfassung der Graven, wird solche Rücksicht nicht dazu beitragen, der fleißigen Bevölkerung durch Entlassung von Steuern zu helfen. — Staatsminister Richter erklärt, daß die Staatsregierung die Fleißnot anerkennt, und daß sie

Vertreter angewiesen sei, im Bundesrat dahin zu wirken, daß alle geeigneten Schritte zur Linderung der Fleißnot getan werden. Was gedenkt Herr v. Bobbielski, was gedenkt er in der Fleißnotangelegenheit sich von diesem abhängig fühlende Reichstagler jetzt zu tun? Wollen sie den gotthaltigen Staatsminister nicht zu den Schreibern werfen, die das Volk unnütz aufheben gegen Agrarier und Regierung? Weiter wird ja Bobbielski's Entgegenkommen nicht reichen!

**Im den Branger!** Die Jenaer Studentenschaft hat an Provostor und Senat eine Eingabe gerichtet, wonach den Ausländern, besonders den Russen, geringere Studienrechte eingeräumt werden sollen, als den deutschen Studenten. — Was Teufel! Einmal war Jena die Hochburg des revolutionären Burschenschaftertums — ein Mal Lang, lang ist's her!

**Ein Schritt, der schon lange hätte getan werden müssen.** Offiziös wird gemeldet: Der deutsche Gesandte hat in einer am 24. d. Ms. im Winterpalais in Peking stattgehabten Audienz dem Kaiser und der Kaiserin-Regentin von China mitgeteilt, daß der deutsche Kaiser mit der Ratifikation des Friedens von Portsmouth die Zeit für gekommen erachte, um die noch in Peking stehenden fremden Besatzungen zurückzuführen. Kaiser Wilhelm werde den beteiligten Staatsoberhäuptern ohne Verzögerung einen dahingehenden Vorschlag machen. Zugleich damit hat Freiherr von Mumm den fernerem Entschlus des Kaisers angekündigt, die seinerzeit aus Anlaß von Unruhen in Schantung von Tsingtau aus nach Kaumi und der chinesischen Kreisstadt Kiautichou vorgeschobenen Posten einzuziehen zu lassen.

**Nachtragsetats für die Kolonien** werden dem Reichstage bestimmt für Ostafrika und Kamerun vorgelegt werden. Der ostafrikanische Nachtragsetat fordert Summen zur Unterdrückung des Aufstandes, der für Kamerun ist nur unbedeutend und wird „für einige notwendige Ueberziehungen militärischer Natur“, die durch das unruhige Verhalten eines Teiles der Bevölkerung notwendig geworden sind. In dem a. a. o. verlangen. — Wie entgegenkommend! Anstatt rechtzeitig den Reichstag einzuberufen die Erklärung, Sadenmitteln zu „verlangen“!

**Krautjunker und Kohlenjunker.** Wenn zwei Spitzhaken sich strecken, erfährt der ehrliche Dritte gelegentlich die Wahrheit. Bekanntlich stehen die Agrarier und die Herren vom Kohlenhändler zu etwas gespanntem Fuß miteinander. So kommt es, daß die „Deutsche Tageszeitung“ des Ranten Dertel, um die Kohlenfürsten zu ärgern, allerlei leiblich Zutreffendes über die jetzige Bewegung im Ruhrgebiet sagt. Wir wollen aus einem Leitartikel des Blattes einiges wiedergeben, und machen die Leser ganz besonders auf den hohen Genuß aufmerksam, den es gewährt, das Organ der agrarischen Ausbeuter, das die Landproletarier am liebsten wieder unter die Kutte der Leibeigenschaft bringen möchte, eine Lanze brechen zu sehen für die — Freizügigkeit der industriellen Arbeiter! Weiter ist es denn auch ein Vergnügen eigener Art, die „Deutsche Tageszeitung“ — ausgerechnet das Hauptorgan der Agrarier — über die Einföhrung ausländischer Arbeiter höflich zu hören! Als ob sich gerade die Junker jemals durch „nationale“ Rücksichten hätte hindern lassen, für ihren Bedarf so viele russische und galizische Bahrillen als Bohadröder nach Deutschland zu schleppen, wie sie nur irgend bekommen konnten! Auf derselben Höhe steht das Gejammer, daß die Kohlenherren immer nur „möglichst viel verdienen“ wollten und sich nie um „die moralische, geistige und materielle Hebung“ ihrer Arbeiter gekümmert haben. Die Junker sind demgegenüber bekanntlich nie vom Stamme Nimm gewesen, waren in der „patriarchalischen“ Fürsorge für „ihre“ Arbeiter dem Jauchzenden ausnehmend feils ideale Vorbilder. . . . . Das auch sonst manches, was das Blatt sagt, völlig jählig ist, brauchen wir kaum besonders zu betonen; das hier gehört natürlich in erster Linie das dumme Gerede, daß die große Bewegung im Januar besonders an den „zugewanderten Elementen“ getragen worden sei. Aber der Glaube, daß „Ausländer, Fremde“ es zumeist sind, die „unter uns den Geist der Revolution“ säen, gehört nun einmal zum eisernen Bestande der Reaktionsdogmatik, und wir haben schon lange die Hoffnung aufgegeben, diesen Glauben jemals aussterben zu sehen. Nichtsdestoweniger ist, wie gesagt, das, was das Organ derer von Her und Halm denen von Schlot und Schacht ins Stammbuch schreibt, interessant genug, um hier im Auszuge wiedergegeben zu werden. Es heißt in dem Artikel:

„Die Stimmung der Reichsbesitzer ist sehr gereizt. Dafür legt auch die Maximecker Rede des Geheimrats Rindorf im Verein für Sozialpolitik bereites Zeugnis ab.

Ein zweifelhafteiges und unter Umständen gefährliches Schwert haben sich die Reichsbesitzer geschnitten mit der Durchführung einer Maßregel, welche die Freizügigkeit nach bis zu einem gewissen Grade das Recht des Arbeitsvertrages unterbinden soll. (Die Sperr. Red.)

Man gelangt zu der Uebersetzung, daß sich die Reichsbesitzer in der Wahl der Abwehrmittel verzirren haben. Wer soll darüber entscheiden, ob ein Bergmann „ohne Grund“ seine bisherige Arbeitsstelle verläßt? Sollen z. B. unzureichende Verdienste, die durch schlechte Verhältnisse, unzureichende Kohlenlöhne u. a. verschuldet werden, dem Arbeiter nicht gestatten, seine Arbeit zu wechseln, um seine Lebenshaltung zu verbessern? Es sind unzweifelhaft viel Fälle da, die vom Starbureau des Arbeiters einen Belag des Bedarfs als gerechtfertigt erscheinen lassen, ohne die Billigung des Reichsbesitzers zu haben. Die Gesetzgebung aller Staaten sanktioniert die Freiheit des Arbeitsvertrages; aber wie denn, wenn es für eine große Gruppe von Arbeitern überhaupt nicht möglich ist, wegen eines Arbeitsvertrages zu verhandeln?

Der Beschluß der Reichsbesitzer im Ruhrgebiet ist aber auch durch die historischen Verhältnisse in keiner Weise gerechtfertigt. Auf dem letzten Bergarbeiterkongreß erklärte man, daß die Bewegung hauptsächlich durch die zugewanderten Elemente geführt werde. Wer hat denn aber die Polen, Galizier usw. in Deutschland genommen? Aus welchem Grunde geschieht es denn? Doch wohl, um möglichst billige Arbeitskräfte zu erhalten und ohne Rücksicht auf nationale Interessen, mit denen man bei andern, besonders Schlangensichtigen so gern zu praxieren pflegt! Die Galizier, die ich nie

word' ich nicht wieder los!“ Die Reichsverwaltungen hätten neben ihren geschäftlichen Interessen auch ihr Augenmerk richten sollen auf die nationale Arbeiterfrage! Es rächen sich jetzt die Sünden der Vergangenheit, in der man das Verhältnis zu den Arbeitern als ein reines Vertragsverhältnis auffaßte und keine Verantwortung nahm, sich um die moralische, geistige und materielle Hebung derselben zu kümmern. Nicht in aller, aber in der überwiegenden Anzahl der Betriebe war ein rückwärtsloster Egoismus vorherrschend, dessen Devisen war: Möglichst viel produzieren und verdienen!

Die sozialen und nationalen Pflichten fanden um so weniger Berücksichtigung, je mehr der Kohlenbergbau aus den Händen von Einzelbesitzern in diejenigen von massigen Aktiengesellschaften überging. Damit hat die unheilvolle Entwicklung begonnen, die jetzt wie ein Alb auf unsere Gewerbebetätigung laftet.“

### Norwegen.

**Das norwegischenfreundliche Storting.** In der gestrigen Abend Sitzung des Storting wurde der Antrag der zehn Stortingmitglieder auf eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform mit 86 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Dann wurde ein Antrag, daß nach dem eine Volksabstimmung stattfinden sollte, ehe man sich an den Prinzen Karl von Dänemark wendet, mit 84 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Schließlich gelangte mit 87 gegen 29 Stimmen der Regierungsvorschlag zur Annahme, die Regierung zu ermächtigen, mit dem Prinzen Karl von Dänemark darüber zu verhandeln, daß er die Wahl unter der Voraussetzung annehme, daß das Volk durch Abstimmung seine Zustimmung ausspreche. — Der Wille des Volkes ist also der Stortingmehrheit schnuppe!

Warum? Der norwegische Finanzminister Gunnar Knudsen hat im gestrigen Staatsrat sein Abschiedsgesuch eingereicht.

### Rußland.

**Der Zar gibt nach.** Das Manifest des Zaren, das dem russischen Volke bürgerliche Freiheiten, eine gleichbedeutende Duma und eine Ausdehnung des Wahlrechts zugeht, ist in Petersburg um Mitternacht durch Sonderausgaben der Petersburger Telegraphenagentur und des „Regierungsboten“ veröffentlicht und auf den Straßen verteilt worden. Es wurde von der auf dem Newski-Prospekt versammelten Volksmenge eifrig gelesen und, so berichtet der offiziöse Telegraph, mit dem Rufe: „Es lebe die Freiheit!“ begrüßt. Das Manifest lautet:

Wir, Nikolaus II., von Gottes Gnaden Kaiser und Selbstherrscher aller Rußen, Zar von Polen, Großfürst von Finnland u., erklären allen unseren treuen Untertanen, daß die Wirren und die Erregung in unseren Hauptstädten und zahlreichen anderen Orten unseres Reiches unser Herz mit großer und schmerzlicher Trauer erfüllt. Das Glück des russischen Herrschers ist untrennlich verknüpft mit dem Glück des Volkes, und der Schmerz des Volkes ist der Schmerz des Herrschers. Aus den gegenwärtigen Unruhen kann eine tiefe nationale Zerrüttung und eine Bedrohung für die Unverletzlichkeit und die Einheit unseres Reiches entstehen. Die hohe Pflicht unserer Herrscherberuf auferlegte Pflicht besteht uns, uns mit all unseren Sinnen und mit unserer ganzen Kraft zu bemühen, um das Aufheben der für den Staat so gefährlichen Wirren zu beschleunigen. Nachdem wir den in Betracht kommenden Behörden befohlen haben, Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren Randgebungen der Unordnung, der Ausschreitung und der Gewaltthätigkeit abzustellen, damit die friedlichen Leute, die nur das Bestreben haben, ruhig ihre Pflicht zu erfüllen, geschädigt werden, haben wir es für unentbehrlich erkannt, um mit Erfolg die auf die Beruhigung des öffentlichen Lebens abzuleitenden allgemeinen Maßnahmen zu verwirklichen, die Aktion der obersten Regierung zu vereinheitlichen. Wir legen der Regierung die Pflicht auf, wie folgt unseren unbeweglichen Willen zu erfüllen:

1. der Bevölkerung die unerschütterlichen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit zu verleihen, die gegründet ist auf die wirkliche Unverletzlichkeit der Personen, die Freiheit des Gewissens, der Rede, der Versammlung und Vereinigungen,
2. ohne die früher angeordneten Wahlen für die Staatsduma aufzuheben, zur Teilnahme an der Duma in dem Maße, als es die Kürze der bis zur Einberufung der Duma noch ablaufenden Zeit gestattet, die Klassen der Bevölkerung zu berufen, die jetzt der Wahlrechte völlig entbehren, wobei sodann die weitere Entwicklung des Grundgesetzes des allgemeinen Wahlrechts der neuerdings begründeten gesetzgeberischen Ordnung der Dinge überlassen wird und
3. als unerschütterliche Regel anzustellen, daß kein Gesetz in Kraft treten kann ohne Genehmigung der Staatsduma und daß den Erwählten des Volkes die Möglichkeit der wirklichen Teilnahme an der Ueberwachung der Gesehlichkeit der Handlungen der von uns ernannten Behörden gewährleistet wird.

Wir lassen einen Ruf ergehen an alle treuen Söhne Rußlands, sich ihrer Pflicht gegen das Vaterland zu erinnern und bei der Befriedigung dieser Wirren und Widerwärtigkeiten zu helfen und gemeinsam mit uns alle ihre Kräfte an die Wiederherstellung der Ruhe und des Friedens auf dem mütterlichen Boden zu legen.

Gegeben zu Peterhof, 17./30. Oktober 1905, im ersten Jahre unserer Regierung.

gez.: Nikolaus.“

Eine Erläuterung zu diesem Akt gibt ein Bericht des Ministerpräsidenten Grafen Witte, auf den der Kaiser die Bemerkung gesetzt hat: Zur Nichtschmerz zu nehmen. Der Bericht lautet:

„Gute Majestät geruhten, mir Direktiven für die Regierung in Erwägung der derzeitigen Lage Rußlands anzugeben. Die Beunruhigung der russischen Gesellschaft ist nicht das Ergebnis teilweiser Mängel des Regimes in Gesellschaft und Regierung oder einer durch extreme Elemente organisierten Tätigkeit; ihre Wurzeln gehen tiefer, sie entspringen aus der Zerlegung des Gleichgewichts der moralischen Beziehungen und der äußeren Gestalt der russischen Ge-

Wahlschaft. Das denkende Rußland erhebt Rechte auf der Grundlage der bürgerlichen Freiheit. Die Hauptaufgabe der Regierung besteht darin, vor der Sanktion durch die Duma alle Elemente der bürgerlichen Freiheit zu verwirklichen auf dem Wege der normalen und gesellsch. legislativen Ausarbeitung der Fragen, welche die Gleichheit aller Klassen vor den Gesetzen ohne Unterschied der Religion und der Nationalität betreffen.

Das folgende Problem besteht in der Schaffung gesetzgeberischer Normen, um die Wohnen der bürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Freiheit zu gewährleisten. Das Wohl der Volksmassen muß erstrebte werden unter dem Vorbehalt der Wahrung der bürgerlichen Rechte, die für alle zivilisierten Länder von wesentlicher Bedeutung sind. Die Verwirklichung dieser Ziele kann keine sofortige sein; denn keine Regierung würde plötzlich 135 Millionen Menschen mit einer weit ausgedehnten Verwaltung für die Annahme der bürgerlichen Freiheiten vorbereiten können. Es ist insofern notwendig, eine homogene Zusammensetzung der Regierung und Einheit ihrer Ziele zu besitzen, Sorge zu tragen für die praktische Durchführung der hauptsächlichsten Mittel zur Förderung der bürgerlichen Freiheit und die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der Absichten zu bezeugen.

Die Regierung muß sich jede Einmischung in die Duma wählen lassen und dem ausdrücklichen Wunsch nachleben, den Uras vom 25. November 1904 zu verwirklichen; sie muß das Ansehen der Duma und das Vertrauen zu ihren Arbeiten aufrechterhalten und darf ihre Entscheidung nicht belumpfen, soweit sie nicht von der geschichtlichen Größe Rußlands entzerrt werden. Man muß sich mit dem Gedanken der großen Mehrheit der Gesellschaft identifizieren, nicht mit dem Widerhall einzelner, wenn auch lärmender Gruppen. Die Fraktionen sind zu oft veränderlich. Vor allem ist es wichtig, eine Reform des Reichsrates auf dem Wahlprinzip durchzuführen. Ich glaube, daß die Tätigkeit der öffentlichen Gewalt von den nachfolgenden Grundfragen geleitet sein muß: 1. Gleichheit und Aufrichtigkeit in der Wählbarkeit der bürgerlichen Freiheit und Schaffung einer Garantie dafür. 2. Verbreitung, die ausschließenden Gesetze zu befeitigen. 3. Uebereinstimmung der Tätigkeit aller Regierungsorgane. 4. Die Vermeidung von Repressivmaßregeln gegen nicht offenbar die Gesellschaft und den Staat bedrohende Handlungen. 5. Entgegenzutreten gegen Handlungen, die offenbar die Gesellschaft und den Staat bedrohen, wobei man sich auf die Gesetze und die moralische Gemeinschaft mit der vernünftigen Mehrheit der Gesellschaft stützen muß. Man muß Vertrauen haben zu dem politischen Takt der russischen Gesellschaft. Es ist unmöglich, daß sie die Märkte wünscht, die außer allen Schrecken des Kampfs den Basis des Reiches herbeiführen würde.

Es wäre sträflicher Optimismus, wollte man, wie es teilweise geschieht, jetzt in unbegrenzten Jubel ausbrechen und das goldene Zeitalter in Rußland für gekommen erachten. Die russische Regierung hat sich bisher so wort- und treudürftig benommen, daß man erst Beweise dafür sehen muß, daß es ihr diesmal mit den Zugeständnissen ernst ist, daß sie den festen Voratz hat, die angedachten konstitutionellen Reformen durchzuführen. Graf Witte mag es mit seinen Absichten ehrlich meinen, schon aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Denn er ist zu klug, um nicht einzusehen, daß eine Weiterverfolgung des bisher eingeschlagenen Weges in kürzester Frist zum Zusammenbruch führen müßte. Allein auch er wird erst zeigen müssen, ob er seine Reformtätigkeit nicht durchzuführen können, ob er die Macht hat, die reaktionäre Kurawilla niederzujubeln, die jetzt im beschämenden Gefühl ihrer Niederlage sich doppelt wutentbrannt dagegen aufbäumen und alles aufleben wird, wieder zur Herrschaft zu gelangen. Man denke, so schreibt die „Welt.“ mit Recht, an das Treiben der preussischen Reaktion und der Hofkurawilla in den fünfziger Jahren! Wie sind in jenen Jahren die „Erzürungen“ rückwärts revidiert worden, die sich das preussische Volk im Jahre 1848 gleichfalls erst durch schwere Kämpfe erzwingen hatte!

Eines steht immerhin fest: der russische Absolutismus hat Konkurs angemeldet; das Volk hat in verzweifeltem Kampfe den Parismus zur Kapitulation gezwungen. Das Blut, das von dem Petersburger Blutwürger-Sonntag an bis zu den Schwarzen Tagen der letzten Woche vergossen wurde, ist nicht umsonst geflossen. Und auch hier drängt sich ein Vergleich mit der preussischen Revolution des Jahres 1848 auf; wie am 18. März jenes großen Jahres in Berlin, so wurde jetzt in Petersburg und in den anderen russischen Städten der Absolutismus blutig niedergedrungen.

Die Fajhe des russischen Despotismus liegt im Staube, und die erste Handlung des Ministerpräsidenten Witte muß die sein, den Titel „Selbtherrscher aller Rußen“ dem Kaiser Nikolaus abzuzugieren. Es wird ja wohl dem russischen Kaiser etwas schwer fallen, sich in die einem konstitutionellen Herrscher zukommenden Aukren hinzueingefügen. Wenn aber das russische Volk mit Ernst und Eifer darüber wacht, daß die gegebenen Versprechungen gehalten werden, wenn es jedem Versuche des gestürzten Absolutismus, sich vorne oder hinten herum wieder der Herrschaft zu bemächtigen, mit nachvollstem Veto entgegentritt, so sind die Opfer des blutigen Jahres 1905 nicht umsonst gefallen. Das russische Volk hat den Absolutismus gezwungen, sich seinem Willen zu beugen. Es muß jetzt diese Macht behaupten, denn es hat ein neues Vermächtnis zu hüten: die Erinnerung an diejenigen, die durch Jahrzehnte hindurch für die Volksfreiheit gelitten haben und gestorben sind.

Der Erlaß der Manifestes hat, wie schon bemerkt, teilweise einen großen Jubel hervorgerufen. Man trant also aufeinander der Regierung. Dennoch kann der Kampf um die Freiheit noch nicht beendet sein. Das sehen auch unsere russischen Genossen ein. Gestern erschien in Petersburg in großer Auflage ein Manifest der sozialdemokratischen Partei, in dem darauf hingewiesen wird, daß durch das kaiserliche Manifest der Kampf des Proletariats nicht zum Stillstand komme. Die Taktik des Proletariats habe zu bestehen in der Ausübung der unter seinen Schlägen gewährten Rechte, ferner in der Veranstaltung von Arbeiterversammlungen zur Entschärfung des Kampfes sowie in der Organisation einer Aktion zur

Wahrung der erkämpften Rechte und in der Forderung einer Amnestie.

In einzelnen Städten hat der Zustand größere Dimensionen angenommen; in anderen soll er dagegen der B-endigung entgegengehen. Der Eisenbahnerausstand in Moskau soll beendet sein.

Das Ministerkomitee hat den Erlaß einer Amnestie „erzogen“.

Bobjedonozzew, dessen Demission schon verschiedentlich angekündigt war, geht jetzt bestimmt. Er sieht ein, daß kein Einfluß unter der Macht der Verhältnisse zusammengebrochen ist.

### Österreich-Ungarn.

Das allgemeine Wahlrecht in Ungarn. Aus Wien wird der „Welt.“ vom 29. Oktober geschrieben: Es ist also doch zur Wahrheit geworden, was man bis vor kurzer Zeit nicht glauben konnte. Das wegen seines demokratischen Programms vom Hof zur Demission gezwungene und später wieder reaktivierte Ministerium Fejerdy hat dem König von Ungarn die Zustimmung zur Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts abgezwungen, und gestern hat der Ministerpräsident Fejerdy zum erstenmal in offizieller Form der Öffentlichkeit ausführliche Mitteilungen über sein Programm gemacht. An der Spitze steht die Demokratisierung des ungarischen Abgeordnetenhauses durch die Erteilung des Stimmrechts an alle erwachsenen Staatsbürger Ungarns. Das Wahlrecht wird geheim und unmittelbar nach Gemeinaden ausgeübt. Mit diesem wichtigen Schritte zur Entwirrung der ungarischen Krise ist gleichzeitig für die österreichische Hälfte der Monarchie eine wichtige Vorentscheidung getroffen. Kennt man auch den ungarischen Wahlgesetzentwurf noch nicht in seinen Einzelheiten, so ist doch das Prinzip nunmehr deutlich erkennbar. Wie lange noch hofft die Regierung des Kaisers von Österreich den Willen dieses Staates vorentscheiden zu können, was derselbe Monarch den Willen der ungarischen Reichshälfte nunmehr in Aussicht stellt? Welches immer das Schicksal des vom Ministerium Fejerdy vorgelegten Gesetzentwurfs in Ungarn sein mag: Die Forderung der Arbeiterschaft nach Einführung des gleichen Rechtes für Österreich wird unter allen Umständen befriedigt werden müssen.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 1. November.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Arbeiterssekretariats und des Gewerkschaftskassierers wird heute Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 8-9 Uhr abends im Vereinshaus zur Entgegennahme der Beiträge anwesend sein.

Eine öffentliche Bürgerschaftswählerversammlung findet am kommenden Sonntag vormittag im „Vereinshaus“ statt. Dieselbe wird präzis 11 Uhr eröffnet. Wir weisen die Genossen heute schon auf diese Versammlung hin in der Voraussetzung, daß sie eine außerordentlich rege Agitation für einen Massenbesuch entfalten.

Gegen August Pape, der von den Vaterstädtischen mit auf ihre Liste genommen wurde, sucht das Amtsblatt in folgender Weise Stimmung zu machen. Es schreibt zu den Vorschlagslisten des „Vaterstädtischen Vereins“: Was wir nicht verstehen, ist der Umstand, der wir vor 6 Jahren der Erfüllung nicht fern sein soll, daß der auf durchaus breiter Grundlage beruhende Vaterstädtische Verein einen direkten Gegner, der den Verein mehrfach als reaktionär und volksfeindlich bezeichnet hat, durch gewisse Kreise in seine Kandidatenliste aufzunehmen genötigt werden soll. Gegen einen derartigen Versuch sollten alle gemäßigten Elemente einmütige Front machen. — Wer also etwas liberale Anschauungen hegt und die Dinge beim rechten Namen nennt, darf nicht auf die Vaterstädtische Liste; eigentlich ist das auch nur konsequent.

Zu Bürgerschaftskandidaten im Marien-Magdalenen-Luarier und dem nördlichen Teil der Vorstadt St. Lorenz wurden vom Zentralwahlkomitee des Vaterstädtischen Vereins vorgeschlagen aus dem Kaufmanns- und Gelehrtenstande die Herren: Dr. med. Eichenburg, Konsul Dimpler, Kaufmann S. Freitag, Kaufmann Max Jenne, Kaufmann J. F. Schwabrock, die einstimmig als Kandidaten angenommen wurden. Ferner wurden aus dem Gewerbetreibenden vom Zentral-Wahlkomitee vorgeschlagen die Herren Hauptlehrer Hempel, Kaufmann Ritter, Schlossermeister Stallbaum und aus der Versammlung heraus Herr Tapezierer Volk. Von diesen erstellten die Herren Hauptlehrer Hempel 51 Stimmen, Kaufmann Ritter 70, Schlossermeister Stallbaum 61, Tapezierer Volk 31 Stimmen. Die erlierten drei Herren waren somit gewählt. — Für die 2. Wahlabteilung wurde vom Zentral-Wahlkomitee Herr Maschinenmeister Johs. Bödman als Kandidat vorgeschlagen, der auch einstimmig als solcher gewählt wurde. — Wir bewundern die Opferwilligkeit des Herrn Bödman und wünschen ihm einen schmerzlosen Durchfall. Eigentümlich ist es, daß man Hauptlehrer Hempel dem Gewerbetreibenden zuzählt und auch Kaufmann Ritter nicht in die Liste der Kaufleute aufgenommen hat, wie man aus dem Amtsblatt entnehmen muß. Weshalb mag das wohl geschehen sein?

Die Verbreitung der Holstenstraße beschästigte den Haus- und Grundbesitzerverein sowie den Verein der Detailisten. Nach einem Referat des ehemals freisinnigen Bürgerschaftsmitgliedes Döberstein, in dem letzterer gegen die Warenhäuser weiterte, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute im Konzerthaus Fünfhaus tagende Versammlung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins und des Detailisten-Vereins beschließt, an die Bürgerschaft das Ersuchen zu richten: dem Senats-Antrag betreffend den Ankauf der Häuser Holstenstraße 25, 27, 29, 31 und 33 und den Wiederverkauf des zur Straßenverbreiterung nicht erforderlichen Teiles dieser Grundstücke den Senat zu eruchen, der der Bürgerschaft eine neue Vorlage zu unterbreiten, nachdem zuvor eine öffentliche Ausschreibung des Verkaufs mit der Bedingung erfolgt ist, daß auf dem Grundstück mindestens drei Einzelhäuser errichtet werden.“ Diese Resolution soll verhindern, daß in der Holstenstraße auf den vom Staat angekauften Grundstücken ein Warenhaus gebaut wird. Natürlich wird durch einen solchen Versammlungsbeschluss eine weitere Entwidlung der kaufmännischen Großbetriebe nicht inhibiert; die Auffaugung des Mittelstandes durch das Großkapital geht unaufhaltbar vorwärts.

dt. Phono-Kinematographische Vorführung. Im Konzerthaus Fünfhaus wurde gestern abend etwas

für Lübeck neues gezeigt: Lebende, singende, sprechende, mustizierende Photographien. Durch exaktes Zusammenwirken eines Kinematographen und Phonographen sieht man auf der Leinwand nicht nur bewegliche Personen, sondern dieselben lachen, sprechen, singen, mustizieren und sprechen laut, sobald man sich leicht der Täuschung hingeben kann, Lebenemien auf der Bühne vor sich zu haben. Die Programmnummern: „Der lustige Chemann“, „Die Straßenbummler“, „Café-Balgertanz“ und „Nindorfer Bauerhochzeit“ wirken durch die urwüchsigste Komik überraschend, während der „Ueberfall in einem Eisenbahngang“, „Automobil-Kennen in Homburg“ und die „Reise des Schnell dampfers Kaiser Wilhelm II.“ wegen der Natürlichkeit der Wiedergabe besonders gefallen. Der Beifall des zahlreich erschienenen Publikums zeigte zur Genüge, daß dasselbe von den interessantesten Darbietungen vollst befriedigt war. An den folgenden Tagen finden bei mäßigen Preisen noch einige Vorstellungen statt, deren Besuch wir nur empfehlen können.

Eingelegte Berufung. Rechtsanwalt Ritter hat gegen das Urteil des Gerichts in Lübeck, das den wegen Beleidigung Ritters durch eine Figur im Roman „Muttersohn“ angeklagten Schriftsteller Dose freisprach, Berufung eingelegt.

Neue Bezeichnung. Der Senat hat angeordnet, daß die Dienstbezeichnung der Unterloisen fortan „Lotjen“ zu lauten habe.

Der dritte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1905 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. November d. Js. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Staatlich subventioniertes Stadthalen-Theater. Am Donnerstag, den 2. November, wird eine Wiederholung des prächtigen Offenbacher Werkes „Hoffmanns Erzählungen“ stattfinden.

Handelsregister. Am 31. Oktober 1905 ist eingetragen: 1. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma St. Lorenz Nord, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitze in Lübeck. Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. Oktober 1905 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und Verwaltung von Grundstücken in der Stadt und den Vorstädten von Lübeck, vorzugsweise jedoch von Grundstücken im Norden der Vorstadt St. Lorenz; ferner der Betrieb von gewerblichen oder landwirtschaftlichen Unternehmungen auf diesen Grundstücken und die Beteiligung an Grundstücksunternehmungen gleicher oder ähnlicher Art. Das Stammkapital beträgt 500000 Mt. Geschäftsführer ist der Privatmann Heinrich Carl Emil Propp in Lübeck. 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Lübeck u. Co. in Lübeck: Die Gesellschaft ist durch den Tod des Gesellschafters Julius Wilhelm Ferdinand Jäde aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer August Adolf Heinrich Jäde in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma.

Entin. Der Provinzialrat erhielt in seiner ersten Sitzung, in der Bürgermeister Wahlstet zum Vorsitzenden gewählt wurde, vom Regierungspräsidenten die Mitteilung, daß der bisherige Zuschlag zur Einkommensteuer in Höhe von 20 Prozent demnach wegfallen werde. Es wurde ein Anfrage an die Regierung gerichtet, wie weit die Angelegenheit betr. Umbildung der Finanzgemeinschaft mit Oldenburg gehoben sei. Die Regierung hütete sich wohl, darüber Mitteilung zu machen. — Das oldenburgische Staatsministerium beschäftigt sich mit der Aufhebung der Regierung des Fürstentums Lübeck. Weil dazu der Erlaß mehrerer Gesetze notwendig ist, ist die Aufhebung erst in einigen Jahren möglich.

Lauenburg. Durch Selbstmord endete der Pastor Pösch von der hiesigen Saluatorfirche. Angeblich soll Mervosität dem P. die Waffe in die Hand gedrückt haben.

Hamburg. Die Oberschulbehörde hat sich jetzt wirklich dem Arbeitgeber-Verbande angeschlossen! Sie hat ihren Technikern — pardon, ihren Aufsichtsbekleidern (den Schulinspektoren) — verboten, an dem am 3. und 4. November stattfindenden Jahrhundert-Jubiläum der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens teilzunehmen. Und diese werden — auch in dieser außerordentlichen Angelegenheit — gehorchen, solange sie dem Verein angehören und teilweise mit im Vordergrund standen. So weit sind wir also glücklich gekommen! Dies Vorgehen gegen den wegen seiner freimütigen Kritik obermüßigen Lehrerverein ist natürlich durchaus ungehörig und wäre einfach unmöglich, wenn wir in Hamburg wühlige Rechtsgarantien hätten. Wir bedauern lebhaft, daß die in Betracht kommenden Herren dem Druck sich gebeugt haben. Das ist ein bedenklicher Rückschlag in die Auffassung des ehemaligen, besoldeten öffentlichen Angestellten. Ueber kurz oder lang muß doch einmal in schärferer Beleuchtung gezeigt werden, wie weit unsere republikanische Freiheit von der russischen Ufas-Gepllogenheit eigentlich noch entfernt ist.

Kiel. Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. Die Strafkammer verurteilte nach einer unter strengem Ausschluss der Öffentlichkeit geführten Verhandlung — selbst die Verlesung des Anklagebchlusses war nicht öffentlich — einen Bademeister wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis. Der Bademeister hatte die inkriminierenden Äußerungen in Gegenwart anderer Personen im städtischen Volksbade getan, in dem er angestellt war.

### Stadthalen-Theater.

Hoffmanns Erzählungen, phantastische Oper in 5 Akten von Jacques Offenbach. Man hat wiederholt Offenbach den Dime der Luft genannt, und zweifellos mit einem gewissen Recht, denn wie jener in beständiger Weise gesellschaftliche Zustände mit der Feder gezeichnet hat, schrieb Offenbach musikalische Satiren, die in ihrer Genialität bisher nicht übertroffen sind; man denke nur an „Die schöne Helena“, „Parisier Leben“, „Orpheus in der Unterwelt“ u. a. Daß Offenbach jedoch nicht nur ein geistreicher Spötter, sondern auch ein sehr empfindlicher Musiker war, dem reiche Erfindungsgabe zur Seite steht, beweist er namentlich in seiner Oper „Hoffmanns Erzählungen“, die ein wirkliches Kunstwerk darstellt. Zwar ist das Libretto, das den phantastischen Erzählungen des verläumpten Universalgenies Hoffmann entnommen ist, schwer verständlich, jedoch gerade infolge seiner Eigenart nicht uninteressant. Man sieht zuerst Hoffmann in dem bekannten Berliner Weinkeller von Luther im Kreise fröhlicher Gesellschafter. Durch den Genuß geistiger Getränke angegert, erzählt er drei seiner Liebesgeschichten, die dem Zuschauer in drei Akten vorgeführt werden. Die erste Liebe gehört Olympia, einer sprechenden Puppe, die schließlich von ihrem Verfertiger gerührt wird. Giulietta, eine Geschiedte des als Kapitän Dapperotto auftretenden Teufels, ist Hoffmanns zweite Liebe, die nach dem Mord ihres Gatten flieht. Die dritte

Erzählung betrifft Hoffmanns Liebe zur Sängerin Antonia, die stirbt, weil sie der Musik entgegen soll. Offenbach hat für jede dieser Erzählungen eigenartige und zugleich packende Löhne gefunden. Verfügende, sinnliche Schwüle lagert über „Giulietta“; tiefe Empfindung und dämonische Macht wird in „Antonia“ entwickelt; auch in „Olympia“ findet Offenbach den richtigen, fesselnden Ausdruck. Was die Aufführung des Wertes anlangt, so gerichtet sie unterer Bühne zur Ehre. Die Regie hatte trefflich ihres Amtes gewaltet und Bühnenbilder von anerkannter Wertes Schöpfung geschaffen. Hohes Lob gebührt auch dem Orchester, das alle Feinheiten der Partitur mit Akkuratheit zur Ausführung brachte. Von den Darstellern sei in erster Linie

Herr Jäger genannt, welcher der schwierigen und anstrengenden Partie des Hoffmann durchweg in sehr annehmbarer Weise gerecht wurde. Ausgezeichnet war Herr Limann, der zugleich die Regie führte, namentlich als Doktor Mirafel. Nicht zu vergessen ist auch Herr Liban, der aus dem Franz ein kleines Kabinettstück machte. Von den Damen verdienen Fräulein Korb als Antonia und Frau Jäger-Meyer als Olympia uneingeschränktes Lob. Auch die Giulietta des Fräulein Strauß konnte wohl befriedigen. Den Miklaus gab Fräulein Schläger recht annehmbar, ebenso wurde die Stimme der Mutter von Fräulein Major befriedigend gesungen. Der Chor war bedeutend verstärkt worden und entledigte sich seiner Aufgabe, bis auf

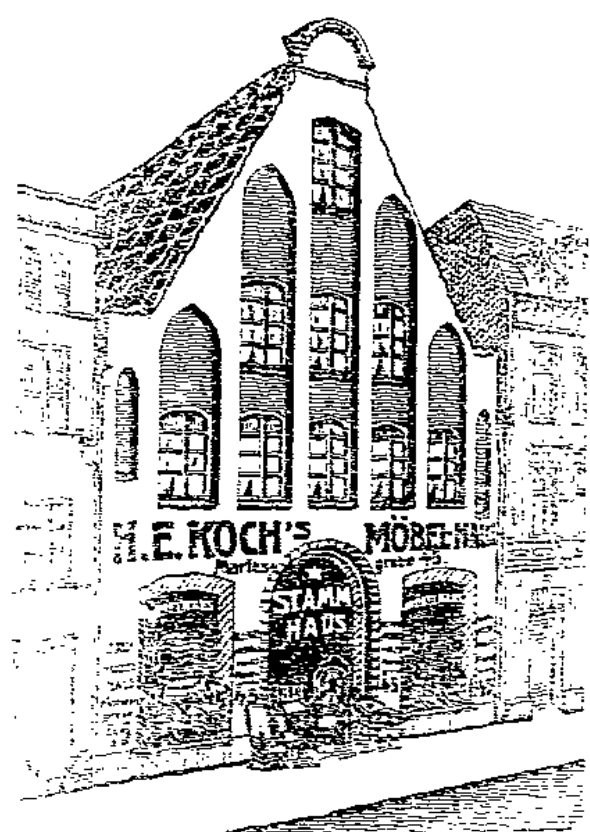
kleinere Schwankungen in der „Olympia“, in tüchtiger Weise. Am Schluss der Vorstellung wurden die Mitwirkenden im Verein mit dem musikalischen Leiter des Ganzen, Herrn Kapellmeister Weiss, wiederholt gerufen. Besonderer Dank gebührt Herrn Direktor Bjorkowski, der durch die Aufnahme von „Hoffmanns Erzählungen“ in das Repertoire guten künstlerischen Geschmack bewiesen hat. Bereits vor über 14 Jahren hatte in hiesigen Stadttheater die Offenbachsche Oper einen großen Erfolg; hoffen wir, daß derselbe ihr auch in der Stadthalle bei den nächsten Aufführungen zur Seite steht; und nicht nur in künstlerischer Beziehung, sondern auch in pekuniärer.

P. L.

Telephon 1350.

## H. E. Koch's Möbelhäuser, Lübeck.

Telephon 1350.



In 45 und 11 nur neue Möbel u. Ausstattungen.



Sehr besonders billig und in großer Auswahl vorrätig sind z. Zt.

### Stühle! Stühle!

in nur gangbaren Sorten mit Preisen, wie im Geschäftshaus No. 45 im Schaufenster ausgestellt sind. Preise billiger wie billig. Kommoden, sehr fein, 17, 18, 19 u. 20 Mk., Vertikow, sehr elegant, 25, 27, 28, 30 Mk., Sofas 25, 28, 30, 35, auch gradlehnig zu 35 Mk., Tische zu 7, 8, 9, 10 Mk., Spiegelschränke, modern, nur 12, 14 u. 16 Mk., Kleiderschränke, sehr hübsch, nur 20 und 22 Mk., Küchenschränke mit Schubladen nur 11 Mk., Bettstellen, 1schl. 11, 2schl. 14 Mk., Spiegel 3, 4 u. 5 Mk., lange Pfeilerspiegel 10, 12 Mark.

Marlesgrube No. 45

Marlesgrube No. 11 ist dicht beim Klingenberg.

Marlesgrube No. 40 ist dem Stammhaus No. 45 gegenüber.

Spezialität: Gediegen gearbeitete bürgerliche Wohnungseinrichtungen, sowie einzelne Stuben-, Salon-, Esszimmer-, Schlafstuden- und Küchen-Einrichtungen zu sehr billigen Preisen. Eigene Möbel-Lackier- und Polster-Werkstätten.

Musterbücher mit Abbildungen und Preisen gratis

Grosses Lager in Möbelstoffen und Plüsch, Gardinen und Tapeten, Trameaux und Spiegeln in allen Grössen.

Elegante eichene Flurgarderoben mit Fassetspiegel von 29 Mk. an.

Grosses Lager in praktischen und nützlichen Gelegenheitsgeschenken für den Weihnachts-, Geburtstags- und Hochzeits-tisch, Bilder, Haussegen, Hand- und Reisekoffer.

Grosses Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.

## Sarg-Magazin Gebr. Mütter

obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 118a.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.

Eiserne Grabkreuze.

Uebersührung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Helene Beckmann  
Carl Kasch  
Berliner  
Lübeck  
3-3 Mündorf a. S.  
im November 1905.

Paul Fick  
Emma Fick, geb. Guttau  
vermählt.

Für die vielen Gratulationen und Beweise danken herzlich

Donnerstag morgen 8 1/2 Uhr entrichtet nach langen schweren Leiden meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

Caroline Rogge, geb. Burmeister,  
im 54. Lebensjahre. Beisetzung von uns  
meinen Kindern und Enkeln

Wilh. Rogge.

Beerdigung Freitag den 3. November, morgens  
11 1/2 Uhr, vom Friedhofe, Ditt. Landstr. 14. 1905.

Durch Zufall zum 1. Januar eine Wohnung  
zu vermieten. Näheres zu erfragen  
Sofienstraße 15. part. 1. Etz.

Gesucht eine saubere Wergensfrau für  
drei mal wöchentlich. Näheres  
Sofienstraße 15. 11.

Zu haben ein alte gut schneidende  
Säge mit Baum

Zu erfragen in der Sp. d. d. 21.

1-2schläf. Bettstelle mit Sprungfeder  
morgens, gut zu  
haben. Billig zu kaufen. Näheres  
in der Sp. d. d. 21.

### Barbiergeschäft

Witze bei Stadt. Billig haben oder lassen zu ver-  
suchen. In der Sp. d. d. 21.

### Heute abend!

Ganz reichlich 55 Pfg., Kalbfleisch, Rind-  
fleisch zu billigen Preisen.

Fritz Möller, Sofienstraße 86.

Da frisch, engl. Ochsenfleisch billig

- hiesiges Rindfleisch billig  
Verkaufsstelle nur Sofienstraße 37.

### Achtung Lötger!

Mit dem heutigen Tage ist die Verwal-  
tung der Krankenkasse wieder auf den  
Kollegen Schultze, Sanderstraße 10,  
übergegangen.

## Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum zur gef. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage das  
Colonialwarengeschäft nebst Brothandel  
des Herrn Holst, Aegidienstraße 43,

übernommen habe und bitte, daß dem Herrn Vorgänger geübtes Vertrauen auch auf mich über-  
tragen zu wollen. Es wird mein Bestreben sein, durch reelle Ware und gute Bedienung jeden zu-  
frieden zu stellen.  
Wachstumswohl

W. Kelling.

Dr. Thompson's Seifenpulver  
Marke Schwan  
gibt  
Schneeweisse Wäsche  
ohne Bleiche.  
Zu haben in allen besseren Geschäften.

## Achtung Zimmerer!

## Mitglieder - Versammlung

am Donnerstag den 2. November  
abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Streit, 3. Quartal, und vom Stiftungsfest.
  2. Jüngere Verbandsangelegenheiten.
  3. Fragekasten und Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

## Arbeiter-Abstinenz-Bund.

Unsere regelmäßige

### Mitgliederversammlung

findet statt am Donnerstag den 2. Novbr.

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

## Konzerthaus Fünfhausen.

Donnerstag den 2. November 1905:

Grosse

phone-kinematograph.

Vorführung

lebender, sprechender, singender, musizierender

Neu! Photographien.

Preise: 1. Platz 75 Pfg., 2. Platz 50 Pfg.

Kinder die Hälfte.

Karten-Vorverkauf 11-12 Uhr.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Dauer der Vorführung ca 2 Stunden.

## Auspielen

von  
fetten Gänsen, Karpfen  
und Rauchfleisch

am 2. November 1905

Aufang 10 Uhr. Einlös 50 Pfg.

H. Havemann, Kleine Missetstraße 19.

## Stadthallentheater.

Donnerstag den 2. November:

Zum 2. Male.

Hoffmann's Erzählungen

Dr. phantastische Oper in 4 Akten v. Offenbach

Freitag:

Telephonegeheimnisse.

Verantwortlicher Redakteur: In der Redaktion der Zeitung sind erschienen der Herr Redakteur P. L. Grady, Herr Redakteur und Notizen Paul Schmidt, Herr Redakteur für die Lokal-, Lübeck- und Reichsgebiete sowie die mit P. L. Grady'schen Artikel und Notizen: Paul Schmidt, Herr Redakteur für die Reichsgebiete sowie die mit P. L. Grady'schen Artikel und Notizen: Paul Schmidt, Herr Redakteur für die Reichsgebiete sowie die mit P. L. Grady'schen Artikel und Notizen: Paul Schmidt.

## An die Parteigenossen!

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Die Pressekommision trat bald darauf unter sich in Beratungen und unterbreitete dem Parteivorstand folgende Vorschläge:

Dieselbe lehnt ab, Kallaki zu kündigen, sie lehnt ferner ab, Fälle in die Redaktion aufzunehmen, dagegen beantragt sie, Wittner, Grobnauer und Wehler zu kündigen. Die Vorschläge betreffend Stabthagen und Luxemburg nimmt sie an.

Der Parteivorstand beschloß darauf, den gemachten Vorschlägen zuzustimmen. Da aber der Vorstand mittlerweile vernommen hatte, daß die sechs Redakteure übereingekommen seien, falls, wenn einigen von ihnen gekündigt werde, alle sechs kündigen wollten, kam er zu dem erweiterten Vorschlag, um die Erörterungen zu vereinfachen, der gesamten Redaktion zu kündigen und eine neue Redaktion zusammenzusetzen.

Der Pressekommision wurde hierauf in der gemeinsamen Sitzung am 20. Oktober erklärt, daß der Parteivorstand ihren Vorschlag als einem verbesserten zustimme, daß er aber aus Gründen, die dargelegt wurden, die Kündigung der gesamten Redaktion zu dem 31. März 1906 empfehle.

Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag von der Pressekommision einstimmig angenommen. Weiter wurde beschlossen, für Montag, den 23. Oktober, eine Sitzung der Gesamtvertretung von Groß-Berlin einzuberufen und dieser die Vorschläge des Parteivorstandes und der Pressekommision in folgender Fassung zur Annahme zu unterbreiten:

Vorstand und Pressekommision kündigen der gesamten Redaktion auf den 31. März 1906

Die Frage der Mitarbeiterentscheidung am „Vorwärts“ wird ausgeklügelt, ihre Lösung hängt ab von der künftigen Zusammensetzung der Redaktion.

Wird von drei Mitgliedern der Redaktion der Artikel eines Redaktionsmitgliedes oder eines Mitarbeiters als nicht zur Aufnahme in den „Vorwärts“ geeignet beantragt so sind Parteivorstand und Pressekommision sofort zu beraten, die über die Aufnahme entscheiden.

Ehe noch diese gemeinsame Konferenz stattfand, richteten die sechs Redakteure Sonnabend, den 21. Oktober, abends zwischen 6 bis 7 Uhr, ihre Kündigung ein, und noch ehe die Mitglieder des Parteivorstandes und der Pressekommision von der erfolgten Kündigung unterrichtet worden waren, erfolgte bereits die Veröffentlichung derselben an der Spitze des politischen Teiles des „Vorwärts“ am Sonntag, den 22. Oktober.

Wir bestritten den sechs Redakteuren nicht das Recht, die Leiter des „Vorwärts“ von ihrem bevorstehenden Austritt aus der Redaktion in geeigneter Form zu unterrichten. Wir betrachten es aber als einen großen Mißbrauch ihrer Stellung, daß sie diese Kündigung an der Spitze der politischen Uebersicht veröffentlichten, d. h. an einer Stelle, an die persönliche Angelegenheiten nicht gehören.

Wir erst in dieser Handlungsweise der sechs Redakteure nur die Pflicht, Sensation hervorzurufen, ihre Handlungsweise als eine die Partei rettende Tat erscheinen zu lassen und gegen den Parteivorstand in der Öffentlichkeit Stimmung machen, eine Absicht, die, wie sämtliche am Montag hier in Berlin erschienenen bürgerlichen Zeitungen bewiesen, erfüllt wurde. Weiter wollte man durch diese Art der Ankündigung in die Partei und Parteipresse Verwirrung tragen, in der Hoffnung damit das Aussehen des Parteivorstandes als den angeblich alleinigen Urheber der Kündigung zu schwächen.

Wir betrachten aber auch die Veröffentlichung der sogenannten „Aussäuerung“ der sechs Redakteure an der Spitze des „Vorwärts“ am Donnerstag, den 26. Oktober d. J. an einer Stelle, wo sie sonst nur die offiziellen Erlasse und

Bekanntmachungen des Parteivorstandes erscheinen, als groben Mißbrauch ihrer Stellung.

Es scheint, daß die sechs Redakteure ausschließlich ein geradezu unbegreifliches Selbstbewußtsein erlangten.

Folgender Vorfall möge dies noch besonders beleuchten. Als auf Grund jenes oben bereits erwähnten Beschlusses, der unter Mitwirkung der sechs Redakteure zu Stande gekommen war, drei Redakteure gegen die Annahme einer bestimmten Notiz am 27. 10. 05 protestierten und dieselbe dem Vorstande und der Pressekommision zur vorherigen Begutachtung unterbreiten wollten, versuchte es der verantwortliche Redakteur, einer der sechs, trotzdem die sofortige Aufnahme zu erzwingen. Dieser Versuch der Durchbrechung festliegender Beschlüsse zwang die Aufsichtsinstanzen, die sofortige Befestigung des jaglichen Redakteurs von seinem Posten zu veranlassen.

Es war aber nach diesen Vorgängen auch sofort dem Parteivorstand und der Pressekommision klar, daß sie unter der Herrschaft einer solchen Redaktionsmehrheit unmöglich an eine Darlegung der Beweggründe ihres Handelns im „Vorwärts“ denken könnten, weil feststand, daß diese sofort durch verwirrende Gegenbemerkungen wirkungslos zu machen versucht würde, mit anderen Worten, daß der Konflikt eine Gestalt annehmen werde, der die schon längst unhaltbar gewordenen Zustände in der Redaktion des „Vorwärts“ noch bedeutend verschlimmern und zu einer Katastrophe hinführen mußte. Wir beschloßen also, mit unserer Darlegung zu warten, bis eine Durchkreuzung unserer Absichten unmöglich geworden war.

Durch die Kündigung der sechs Redakteure war der Antrag des Parteivorstandes und der Pressekommision an die Gesamtvertretung von Groß-Berlin der gesamten Redaktion zu kündigen, hinfällig geworden. Es wurde nunmehr der betreffenden Konferenz der Vorschlag unterbreitet, der bereits im „Vorwärts“ vom 24. Oktober veröffentlicht wurde, den wir aber der Vollständigkeit halber hier nochmals zum Abdruck bringen:

### An die Parteigenossen!

Am heutigen Tage fand eine Sitzung statt, an welcher der Parteivorstand, die Pressekommision des „Vorwärts“, die Vertrauensleute von Wehler und Uagegend, die Vorsitzenden und ersten Kassierer der acht sozialdemokratischen Wahlvereine, die Lokalkommision, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg und der Abschieden und Kandidaten der Wahlkreise von Berlin und Umgebung für den Reichstagswahltag teilnahmen.

Die Anwesenden beschloßen mit allen gegen 8 Stimmen: Die Versammlung akzeptiert die Kündigung der Genossen Wittner, Gauer, Grobnauer, Kallaki, Schöder und Wehler als Redakteure des „Vorwärts“, weil dieselbe geeignet ist, die Verhältnisse in der Redaktion derselben in einer den Wünschen und Anschauungen der Versammlung entsprechenden Weise anzugehen.

Demnach werden Parteivorstand und Pressekommision beauftragt, sofort die nötigen Schritte für eine Ergänzung der Redaktion vorzunehmen.

Den Parteigenossen soll über die Vorgänge, die zur Kündigung der genannten sechs Genossen und zu dem heutigen Beschluß führten, öffentliches Ausdrück gegeben werden, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind.

Berlin, den 23. Oktober 1905

### Der Parteivorstand.

Nach längerer Debatte wurde dieser Vorschlag mit allen gegen acht Stimmen angenommen, nachdem zuvor ein Antrag, die Angelegenheit noch einmal in einer Konferenz mit der Gesamtedaktion zu besprechen, bei etwa 80 Anwesenden, mit allen gegen 14 Stimmen und der Antrag, die Vorschläge erst an die Kreise zu bringen, mit allen gegen 12 Stimmen abgelehnt worden war.

Sittly, „denn die Mäße haben uns die Durschen wenigstens erspart.“ Und nun vorwärts, daß uns nicht jemand Anderes abwickelt.“

Olars ließ sich nicht lange bitten, und Sittly lachte vergnügt vor sich hin, als er mit seinem neugeworbenen Freund die kurze Strecke dem Arbeitsplatz der Chinesen zuschritt. Seine Wahl in dem neuen Geschäft war auch ganz vorzüglich und seinem Zweck entsprechend getroffen worden, denn er wußte recht gut, daß die Amerikaner im Ganzen den Spielern nicht besonders freundlich gesinnt waren. Mit diesem Vorwissen aber, einem der tollpöpstlichsten von allen, zum Geroffen, hatte er eben diese ganze wilde Partei auf seiner Seite, und daß sie den ersten direkten Angriff auf die Fremden wagten, wurde ihnen, das wußte er recht gut, von Vielen hoch angerechnet. Gab dies dann den Anlaß, die Amerikaner und übrigen Fremden, die sich an den Spielischen überdies wenig beteiligten, ebenfalls aus den Minen hinauszujagen, so blieben die Amerikaner hier allein die Herren, und was sie mit leichter Mühe dann in dem eroberten Gruben erbeuteten, floß jedenfalls zum großen Teil wieder in die Säcke der Spieler. Olars saß bereits, mit diesen so weit ragenden Plänen, aber noch in dem ersten wilden Zerber über die mühsamste Arbeit, hielt sich dabei in seinem vollen Recht: den Amerikanern gehörte nach seiner Meinung hier der Boden allein; sie hatten ihn sich mit ihrem Blute von den Amerikanern erobert; alle Fremden waren deshalb nur Eindringlinge, und die zu verjagen oder wenigstens in ihrer Ausbreitung zu beschränken, konnte ihnen Niemand wehren, ja es war die Pflicht eines Jeden, der es gut mit seinem Vaterlande, der Union, meinte.

Die Chinesen hatten indessen in ihrem mühsam niedergegrabenem Claim ruhig fortgearbeitet und sich nicht weiter um den Amerikaner, der sie da vorher geküßt, bekümmert. Es geschah öfters, daß solcher Art Fremde zu ihnen trafen, besonders seit sich das Gerücht verbreitet hatte, daß sie einen reichen Ploß gefunden, und dadurch, daß sie sich gar nicht

Die große Mehrheit jener Versammlung ging also von der Ansicht aus, daß die Angelegenheit eine rasche Lösung erheische, weil in einer außerordentlichen Situation auch außerordentliche Mittel angewendet werden müssen.

Parteivorstand und Pressekommision haben der gegebenen Weisung entsprechend gehandelt, indem sie den sechs Redakteuren am 28. dieses Monats mitteilten, daß vom 29. dieses Monats ab auf ihre Tätigkeit am „Vorwärts“ verzichtet werde.

Wir glauben, daß wir damit dem Wunsche der sechs Beteiligten aus einer ihnen widerwärtig gewordenen Stellung befreit zu werden, in raschster Weise entgegengekommen sind.

Aus der hier gegebenen Darstellung geht unumstößlich hervor:

1. Daß es nicht nur eine falsche, sondern eine böswillige Darstellung der sechs Redakteure ist, wenn sie in ihrer sogenannten „Aussäuerung“, die ebenfugot „Verklärung“ genannt werden kann, die Sache so drehen, als sei es der Parteivorstand, der die ganze Angelegenheit auf eigene Faust eingefädelt habe, während doch aus unseren obigen Ausführungen hervorgeht, daß die Initiative von den Vertretern von Groß-Berlin ausging, und daß alsdann alle Verhandlungen in voller Harmonie unter den Beteiligten gepflogen wurden.

2. Daß der Parteivorstand und die Gesamtvertretung von Groß-Berlin für sämtliche Schritte solidarisch die Verantwortung der Partei gegenüber übernehmen.

Wir können nur unserer Bewunderung über auch unsere lebhaftesten Bedauern darüber Ausdruck geben, daß, obgleich durch den Beschluß in der Versammlung am 23. Oktober deutlich ausgesprochen worden war, daß den Parteigenossen über die Vorkänge, die zur Kündigung der sechs Redakteure führten, öffentliches Ausdrück gegeben werden sollte, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet seien und dieses letztere sofort geschehen werde, dennoch ein Teil der Parteipresse bereits gegen den Vorstand Stellung nahm. Die einfachste Mäßigkeit auf Gerechtigkeit gebot nach dem Sach zu handeln: Einem Manns Rede ist keine Rede, man muß sie hören lassen.

Mit welchen Mitteln und auf welchen Kosten die sechs Redakteure die Parteipresse zu beeinflussen suchten — wie die Tatsachen zeigen, mit einem gewissen Erfolge — darauf werden wir vielleicht gelegentlich noch zu sprechen kommen.

Es bleibt uns nunmehr nur noch übrig, auf einige Verhandlungen einzugehen, welche die sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aussäuerung“ aufgestellt haben.

Weßhalb wir dem Verlangen der sechs Redakteure, die Redaktion zu den gepflogenen Beratungen hinzuzuziehen, nicht entsprochen haben, ist nach dem Gesagten zu widerholen nicht nötig.

Daß wir streng innerhalb der Vorschriften handelten, welche die Parteiorganisation vorschreibt, geht aus dem Absatz 2 § 26 der in Firma beschlossenen Organisation hervor. Dort heißt es:

„Die Pressekommision entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei einwirkigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Pressekommision entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Pressekommision in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser Organe je eine Stimme hat.“

Die sechs Redakteure behaupten aber auch, daß im vorliegenden Falle von uns im Widerspruch mit

## Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild. Von Friedrich Verfläder.

(65 Fortsetzung.)

„Es ist zu niederträchtig!“ rief Olars, den Boden mit dem Fuße stampfend, „und wir müssen uns das gefallen lassen!“

„Wer sagt das?“ lachte Sittly — „habt Ihr Lust, so gehen wir einmal zu den Chinesen hinüber, und gefüllt uns der Platz wie zum Herber mit uns dann verhindern ihr anzubringen? — Die gleichpöppigen, langpöppigen Durschen wachhaftig nicht!“

„Wie viele sind's ihrer?“ rief Olars, rasch auf den neuen Plan eingehend.

„Dah, und wenn's ihrer ein Duzend wären.“ lautete die murrende Antwort; „die Durschen sind feig, und zwei Leute wie wir der sechsfachen Anzahl jeder Zeit gewachsen. Es kommt nur darauf an, ob Ihr ihnen das Gold lieber gönt als Euch.“

„Und der neue Claim?“

„Ist noch nicht vom County Court bestätigt. Wenn aber auch, die Verantwortlichen klären gegenüber, was Ihr etwa Gesetze nennen könnt, nehmt ich auf mich.“

„Dann bin ich Gaer Mann!“ rief Olars, in die dargebotene Hand schlagend; „was was die Pfingst betrifft, so nehme ich Euch auf mich, wenn Ihr mit der andern Hälfte fertig werden wollt.“

„Nad habt Ihr hier in Exrem Claim gar nichts gefunden?“

„Nicht die Spur von Gold! — verdamm' mich, nicht so viel, als mich ein Glas Brannd kosten würde, wenn ich es gleich bezahlen sollte, und drei Tage habe ich gearbeitet wie ein Pferd, nur um hinaunter zu kommen.“

„Gut, dann kommt Ihr jetzt da drüber unten.“ lachte

mit ihnen einziehen, hielten sie sich bis jetzt am besten frei von ihnen. Der Anführer oder Anseher des kleinen Chinesischen Trupps, der auch nur selten selber die schwere Arbeit des Niederknabens tat, sondern gewöhnlich nur an der Wischmaschine schaukelte, war indessen, als Sittly den Platz wieder verlassen hatte, nach oben gestiegen und zu der etwa dreifüßigen entsehten Grube gegangen, in der eine andere Abteilung seiner Landsleute arbeitete. Vorsichtiger Weise hatte er auch dabei das Gold mitgenommen, das sie an diesem Morgen ausgegraben. Die Zurückgebliebenen gruben und wühlten indessen eifrig in dem ausgeworfenen Loth umher, denn Sittly hatte allerdings ganz recht geahnt, bei dem Platz erwies sich außerordentlich reich, und deshalb wollten sie ihn auch so rasch als möglich räumen. Gerade als sie damit beschäftigt waren, führten die beiden Amerikaner zurück, und Olars, der einen raschen Blick in die Grube warf, rief aus:

„Beim Teufel, die Unglöpfe sitzen hier mitten im Goldbrin, während wir, denen der Boden gehört, um Lohn um sie herumhaden. Heraus von da, oder verdammt will ich sein, wenn ich Euch nicht meine mag!“

Die fünf Bohne des Himmelschen Reiches saßen er schreckt zu der rauhen Stimme auf, antworteten aber eben so wenig wie vorher, bedenkten, was sie an Gold indessen unten wieder gefunden hatten zu, und arbeiteten ruhig weiter.

„Auf die Art kommen wir nicht zum Ziel.“ sagte aber Sittly, „das Spiel hab' ich schon vorher mit ihnen versucht, und wir hanteln eine Stunde auf sie einreden, ohne auch nur eine Silbe aus ihnen herauszubekommen. Mit denen müssen wir anders sprechen, und einen der dort ausgeworfenen Brocken Erde aufschmend, was er ihn dem einen Chinesen gerade auf den Rücken und rief dazu:“

„Heraus mit Euch von da — habt Ihr mich verstanden, oder soll ich noch deutlicher mit Euch unterhandeln?“ (Fortsetzung folgt.)

der bisherigen Praxis im „Vorwärts“ gehandelt worden sei.

Das ist wiederum unzuwahr. Wir stellen zunächst fest, daß die Frage einer gründlichen Umgestaltung in der Zusammensetzung der Redaktion vorwiegend einer prinzipienfesteren Haltung des „Vorwärts“ bisher nicht ein einziges Mal befaßt haben hat.

Wie war aber bisher die Stellung der Redaktion zu Parteivorstand und Pressekommision?

Als auf dem ersten Parteitag im Juli 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Partei sich eine neue Organisation gab, wurde durch den Fraktionsvorstand als die bis dahin bestehende Parteileitung der Antrag gestellt und durch Grillenberger begründet: dem Genossen Liebknecht als Chefredakteur des „Vorwärts“ Sitz und Stimme im Parteivorstand zu gewähren, d. h. volle Gleichberechtigung mit den übrigen Vorstandemitzgliefern.

Grillenberger führte zur Begründung aus — man lese ausführlicher hierüber im Protokoll des Hüller Parteitages —, es sei unumgänglich, das geistige Haupt der Partei in Deutschland, der Chefredakteur des „Vorwärts“ dem Parteivorstand gegenüber in eine untergeordnete Stellung zu bringen, und daß dieses umso weniger anzügig sei, da Liebknecht während der Dauer des Sozialistengesetzes Mitglied der Parteileitung gewesen wäre.

Dementsprechend wurde beschlossen. Nachdem Liebknecht gestorben war, ersetzte die Stelle des Chefredakteurs. Der „Vorwärts“ hat seitdem keinen mehr gehabt.

Die entgegengesetzte Behauptung der sechs Redakteure, nach dem Tode Liebknechts sei das gleiche Recht auf einen Vertreter der Redaktion übergegangen, ist eine auf Täuschung berechnete Unwahrheit.

Niemals ist eine solche Stellung einem Redakteur des „Vorwärts“ von dem Parteivorstand und der Pressekommision eingeräumt worden.

Dagegen bestand bisher die selbstverständliche Einrichtung, daß, handelte es sich um Angelegenheiten, welche die innere Ordnung der Redaktion betrafen, oder um eine Frage der Taktik, die der „Vorwärts“ in einer bestimmten Frage einnehmen möchte, oder um sonstige wichtige Parteiangelegenheiten, für die es wünschenswert war, daß die Redaktion unterrichtet sei und berechtigt sei, so fanden je nach der Natur dieser Angelegenheit gemeinsame Sitzungen mit dem Parteivorstand oder mit dem Parteivorstand und der Pressekommision ebenfalls auch mit der Gesamtdirektion Groß-Berlins und der Redaktion oder Vertretern derselben statt. Auch räumten wir der Redaktion eine beratende Stimme ein, wenn es sich um Erlass eines Redakteurs handelte. Nie, niemals kam es auch vor, daß die Redaktion den Wunsch auspricht, an einer Sitzung des Parteivorstandes teilzunehmen, um Anregungen zu geben oder zu empfangen. Das war z. B. am 14. Juni der Fall, als der Parteivorstand und die Kontrollkommission die Tagesordnung für den Jänner Parteitag festsetzen wollten. Auf Wunsch der Redaktion wurde Grabauer zu dieser Sitzung zugezogen. Derjelbe machte den Vorschlag, auf die Tagesordnung des Parteitages noch zu setzen: die Wandlungen in der auswärtigen Politik des Reiches, ferner: den Stillstand der Sozialreform. Beide Vorschläge wurden nach längerer Debatte von der Parteileitung einstimmig abgelehnt; die Tagesordnung des nächsten Parteitages ertrage keine weitere Befragung.

Die Parteileitung war aber höchlich überrascht, als nach Veröffentlichung der Tagesordnung der „Vorwärts“ einen Artikel brachte, in dem genau mit denselben Gründen, die Grabauer für seine Vorschläge in der Sitzung der Parteileitung ausgesprochen hatte, die Erweiterung der Tagesordnung des Parteitages befürwortet wurde, ohne daß mit einem Worte die Leser darauf hingewiesen wurden, daß diese Vorschläge bereits der Parteileitung unterbreitet und von dieser einstimmig abgelehnt worden seien.

Im Parteivorstand war über dieses Vorgehen der Redaktion einstimmig Beirteilung. Man bezeichnete dasselbe als höchst illoyal und sah von einer öffentlichen Darstellung ab, weil der Vorschlag in der Partei sehr wenig Anklang fand.

Es besteht bei dem Vorstande und der Pressekommision die einstimmige Ansicht, daß auch künftig die Redaktion des „Vorwärts“ bei all den Vorgängen, bei welchen sie bisher als Kustodiat oder Anregung gebendes oder beratendes Organ zugezogen wurde, auch künftig an diesem Zustande nicht geändert werden soll und darf.

Das zu gehört aber nicht ein Verfall, wie der jetzt in Frage stehende, aus dem bereits hinlänglich dargelegten Gründen.

Wenn die sechs Redakteure weiter behaupten, daß die im Verordnungsblatt mit der Pressekommision und der Gesamtdirektion Groß-Berlins gefasste Resolution des Vorstandes die Freiheit und Unabhängigkeit der Redaktion bedroht, wenn nicht vernichtet, die Träger der höchsten Politik der Sozialistischen Partei und allen den Redakteuren das moralische Recht gegeben habe, die Würde, Selbständigkeit und Unabhängigkeit der sozialistischen Presse zu schützen, so bedeutet das, was der sechs Redakteure den Mut herrschen, solche Phrasen zu verwenden.

Sie haben ja bisher nur dieses und jenes behauptet, ohne irgend eine gesetzliche Grundlage auf die hiesige Presse angedeutet. Aber wir lassen uns durch solche Theorien nicht erschrecken und hoffen, die Partei auch nicht.

Wir glauben, daß diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes und der Pressekommision, welche der Gesamtdirektion Berlin, die nicht nur 16 aus 20 Jahre, wie die oder zwei unter den sechs Redakteuren, sondern drei, vier und über vier Jahrzehnte in der Bewegung stehen und sich wohl auch eine gewisse Achtung in die Partei erworben haben dürfen, über solche Behauptungen nicht lachen werden. Und daß alle die von allen anderen Genossen, die bei uns zuhause sind, nicht lachen werden, ist nicht zu bezweifeln.

Dem Schicksal sei es an eine Laiche überlassen, die zwar bei einem Unfall durch einen Unfall ist, aber unerschütterlich in Geduld gegen dieses und den Parteivorstand stehen zu geben ist.

Die vorstehende Erklärung wird der Redaktion mitgeteilt.

Genossenschaft: 3348 Stellung. Datum: 28. Okt. 1905.

der Minderheit der Redaktion sind schon seit Monaten die denkbar schlechtesten; wie immer und überall es vorkommt, daß aus prinzipiellen und tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten, wenn dieselben als unüberbrückbar gelten, sich persönliche Gegnerschaft der stärksten Art entwickelt, so auch in der Redaktion des „Vorwärts“. Diese Gegnerschaft trat mit äußerster Schärfe hervor, als am 14. September — drei Tage vor dem Jänner Parteitag — auf Antrag der Redaktion eine gemeinsame Sitzung mit dem Parteivorstand abgehalten wurde, in welcher Differenzen, die sich aus dem damals im „Vorwärts“ gleichzeitig erfolgten Abdruck von Artikeln der Mehrheit und der Minderheit ergeben hatten, geklärt werden sollten. Diese Verhandlungen nahmen seitens der streitenden Parteien einen so turbulenten Charakter an, daß der Vorsitzende Mühe hatte, Ordnung zu halten. Seitdem beschränkte sich der Verkehr der beiden Parteien auf das allernötigste. Es gab in der Redaktion kein Miteinanderarbeiten mehr, sondern nur noch ein Nebeneinanderarbeiten, und aus diesem war zuletzt kaum noch möglich.

Daß ein solcher Zustand auf die Dauer für alle Beteiligten unerträglich ist und daß darüber auch die Redaktion des betreffenden Blattes auf das schmerzhafteste leiden muß, ist selbstverständlich. Wir haben daher auch aus diesem Grunde es begrüßt, daß die eine Partei durch ihre Kündigung einem unmöglich gewordenen Zustande ein Ende bereite.

Von der Unhaltbarkeit der Zustände in der Redaktion waren auch die sechs Redakteure, die kündigten, überzeugt, nur waren sie der Meinung, nicht sie, sondern die Minderheit habe zu gehen. Unverkümmert ist dieser Meinung aus dem Munde der Mehrheit der Minderheit gegenüber schon bei früheren Gelegenheiten Ausdruck verliehen worden.

Parteilosen! Wir haben Euch hiermit die Gründe für unser Verhalten gegenüber den sechs Redakteuren, die kündigten, dargelegt. Von der Minderheit der Redaktion wurde das Verlangen der Mehrheit nicht unterstützt. Mit ihr und auseinanderzugehen, wurde uns erpart.

Wir haben getan, was wir im Parteilinteresse für unsere Pflicht hielten.

Berlin, den 30. Oktober 1905  
Der Parteivorstand. Die Pressekommision.

### Soziales und Partieleben.

Was die „Vollversicherung“ einbringt, zeigt der Jahresabschluss der „Victoria“ für 1904. Der Gewinn aus diesen Versicherungszweigen ist von 8 980 000 Mark auf 9 810 000 Mark, also um fast 10 Prozent gestiegen, der aus der Lebensversicherung hat sich gar um 13 Prozent gegen 1903 erhöht. Die übrigen Versicherungskarten brachten geringere Ueberschüsse im vergangenem Jahre; bei der Unfallversicherung verringerte sich der Gewinn sogar um 79 000 Mark. Für den Aufsichtsrat wurden 150 000 Mark ausgetorfen, in welche Summe sich sieben Perionen teilten, die Direktor erhielt die nette Summe von 335 826 Mark, die, wie verlautet, allein dem Direktor Erbenberg zufallen soll. Die armen Aktionäre bekamen 285 Mark pro Aktie, gegen „nur“ 270 Mark im Jahre 1903. Die Geschäftsverhältnisse der „Victoria“ sind jedoch nichts weniger als glänzend, wenigstens der „unteren“.

Eine gesetzliche Beschränkung der Lehrlingszuzüchterei erhebt man in Kreisen des Buchdruckerergewerbes. Beim Bundesrat ist nunmehr angeregt worden, gemäß § 128 Absatz 2 der Gewerbeordnung die Bestimmungen des Buchdruckererlasses über die Höchstzahl von Lehrlingen in Buchdruckereien durch Bundesratsbeschlus auf alle Betriebe auszudehnen, um so eine übermäßige Lehrlingszuzüchterei und die daraus entstehende Konkurrenz unmöglich zu machen. Der Buchdruckererlass bestimmt in § 40, daß die Zahl der Lehrlinge folgende Begrenzung erhalte: es dürfen Lehrlingszahl gehalten werden bis zu 3 Schülern 1 Lehrling, auf 4—7 Schülern 2 Lehrlinge, auf 8—12 Schülern 3 Lehrlinge, auf 13—18 Schülern 4 Lehrlinge, auf 19—24 Schülern 5 Lehrlinge, auf 25—30 Schülern 6 Lehrlinge, auf je weitere 7 Schülern ein Lehrling mehr; Druckerei Lehrlinge dürfen gehalten werden bis zu 2 Schülern 1 Lehrling, auf 3—6 Schülern 2 Lehrlinge, auf 7—9 Schülern 3 Lehrlinge, auf 10—14 Schülern 4 Lehrlinge, auf 15—20 Schülern 5 Lehrlinge und auf je weitere 6 Schülern 1 Lehrling mehr. Bei Berechnung der Anzahl der Schülern zur Feststellung der zulässigen Lehrlingszahl ist der Durchschnitt des vorausgesetzten Kalenderjahres maßgebend. Die Ansicht über die Zweckmäßigkeit einer gesetzlichen Regelung der Lehrlingszahl hat zwar noch recht geteilt, aber es ist auch keine Frage, daß besonders kleine Betriebe durch ipsofacto Ausdehnung von Lehrlingen, deren praktische Ausbildung sehr viel zu wünschen übrig läßt, einen äußerst ungünstigen Wettbewerb ausüben, der nicht nur die Lohnforderungen der Gehilfen beeinträchtigt, sondern auch das qualitative Fortschritt des ganzen Gewerbes behindert.

Zur „Vorwärts“-Affäre. Die Genossen Frohme und v. Elm haben in Berlin versucht, zwischen dem Vorstand und der hiesigen Redaktion Beziehungen zu vermitteln. Dieser Versuch ist, wie aus den Mitteilungen des Parteivorstandes im „Vorw.“ ersichtlich, gescheitert. Ferner beantragten die beiden Genossen in ihrer Eigenschaft als Reichstagesabgeordnete die sofortige Entlassung der Redaktion. Dieser Antrag wurde vom Fraktionsvorstand abgelehnt.

### Aus Nah und Fern.

Schweres Eisenbahnunglück. Montag morgen 7 Uhr fuhr der Arbeitszug Nr. 307, der sich auf der Fahrt von Hainholz nach Schwarzscheid in Langenhagen bei Hannover mit dem Personenzug Nr. 479 krenzte und mußte, über die Endweiche der Station Langenhagen hinaus und sich etwa 50 Meter dahinter mit dem von Schwarzscheid kommenden Personenzug Nr. 479 zusammenstoßen. Der Zugführer des Arbeitszuges und der Heizer des Personenzuges sind tot. Vier Reisende wurden schwer verletzt. Zur ärztlichen Hilfe wurde sofort Sorge getragen. Außerdem traf ein Hilfszug aus Hannover mit Arzt und Trümmern ein und fuhr nach 8 1/2 Uhr an der Unfallstelle ein. Die Verletzten waren bereits am 10 1/2 Uhr im hiesigen Krankenhaus zu Hannover untergebracht worden. Die Au-

gehörigen der Verletzten sind benachrichtigt worden. Der Personenzug wird von Hainholz durch Langenhagen aufrecht erhalten.

### Landwirthschaftliche Nachrichten.

vom 22. bis 28. Oktober 1905.

#### Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.  
14. Oktober. Schlachter G. H. Richter. 16. Maurer J. Ch. Krohn. 17. Schmiel J. M. C. Kraustopf. Bäckermeister H. J. W. Spangenberg. 18. Kaufmann H. J. C. Scheel. 19. Arbeiter G. H. Jürgens. Kaufmann H. G. Köhl. Oberleutnant und Adjutant im Infanterie-Regiment Lübeck (3. Hanseatisches) Nr. 162 F. C. Th. O. Schulze-Pöding. Fuhrwerksbesitzer J. W. H. Bartels. 20. Barbier Th. J. Jilupp. 21. Arbeiter J. B. Glinka. Aufwärter A. M. W. Ch. Berg. Matrose D. M. W. Corbis. Schiffbauer C. L. J. Dooje. 22. Maurer H. M. F. D. Nutenbeck. Arbeiter C. J. J. Ch. W. Meier. Handlungsgehilfe J. L. W. Donatus. 23. Kunstgärtner C. F. W. Greve. Arbeiter A. J. W. Kuppenhagen. Zimmermann G. F. A. Neuling. Arbeiter G. C. H. Garber. 24. Kaufmann H. C. G. Krellenberg. 25. Schuhmacher J. H. C. Gjemann. Kaufmann H. Budt. 28. Schlosser J. G. Th. Kamis. 28. Maschinenwärter Ch. G. D. Wiebling. Maurer A. Küniger.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.  
12. Oktober. Maler H. J. Niese. 15. Schlachter H. A. G. Boldt. 16. Zigarrenfabrikant J. H. F. Gäder. 18. Lehrer W. G. H. Westphal. 19. Gärtner C. F. Dick. Arbeiter J. H. G. Gredsmühl. 20. Steindrucker W. B. D. Witt. Emaillemeister M. Jermann. Arbeiter J. F. W. Lezow. Diätar G. J. M. Wolf. Schuhmacher G. W. H. Brede. 21. Kaufmann J. E. A. Seute. Arbeiter C. J. H. Altheberg. 22. Arbeiter G. F. J. Dettmann. Müller G. F. Ch. Grün. Zimmermann C. F. J. Krause. 23. Schlachtermeister J. G. F. W. W. Wagener. Gastwirt J. Ch. G. Eggers. Rat am Polizeiamt G. H. F. A. Velhagen. 26. Arbeiter J. C. Böhm.

#### Sterbefälle.

21. Oktober. Heizer J. Kogen, 20 J. M. A. A. geb. Gütichow, Witwe des Konjuls und Kaufmanns C. G. Müller, 69 J. Konditorgehilfe M. W. A. Steiner, 22 J. 22. Privatmann C. G. H. Mathiad, 70 J. W. M. D. Gerath, 22 J. R. C. J. Saborowski, 1 M. 21 J. A. J. M. D. Eiler, 4 M. 23. Ein todtgeb. Mädchen, B.: Arbeiter L. Seidert. Hauszimmerngehilfe J. W. L. Stammer, 86 J. C. F. geb. Südemann, Ehefrau des Arbeiters H. H. Raack, 46 J. E. K. F. H. Schoszarzel, 9 M. W. D. C. geb. Stegmann, Witwe des Bildhauers G. W. H. Müller, 68 J. C. M. geb. Greve, Ehefrau des Arbeiters J. J. G. Buchhold, 63 J. C. E. Brunswig, 76 J. 24. J. C. geb. Stühr, Ehefrau des Wäfers G. Ch. Köhl, 67 J. C. G. geb. Luze, Witwe des Sattlers und Tapeziers C. J. Spenschild, 62 J. J. C. H. Bandholdt, 1 J. M. C. geb. Grimm, Witwe des Eisenbahn-Kassierers G. J. W. Berning, 64 J. C. E. F. Hoppe, 6 1/2 M. Privatmann L. G. C. Schund, 74 J. 25. H. H. C. Sager, 2 M. G. F. H. Geide, 6 M. C. D. geb. Gerb, Ehefrau des Gutspächters F. J. A. Evers, 26 J. G. H. Padeluge, 26. F. M. G. H. Dettmann, 7 M. Erbpächter J. J. F. Meier, 42 J. (Mittig i. M.) Arbeiter J. Kasalinski, 52 J. 27. A. L. C. A. M. Hinrichsen, 18 J. Privatmann Ch. B. B. Graf, 79 J. Privatmann G. H. F. Rühr, 75 J. W. A. D. Balk, 14 J. Maler J. F. Mohr, 57 J. K. Ch. Wegener, 3 M. Ein todtgeb. Knabe, B.: Arbeiter J. H. Busch. C. W. M. Köppner, 2 M. 28. L. L. D. geb. Mantensel, Witwe des J. W. Demant, 80 J. Arbeiter C. Ch. F. Brahl, 61 J.

#### Angenommene Aufgebote.

23. Oktober. Arbeiter C. W. M. Eggert und C. M. C. Schaeper zu Duvenest. Gärtner A. B. C. Troit und A. B. Slagow. Musiker G. A. F. Bur und C. D. C. N. denburg. Arbeiter F. Janasz zu Nitschenwalde und M. Raegmardel zu Witschin. 24. Arbeiter A. J. H. Andersson und A. W. R. Ott zu Meegen. Zimmermann J. Ch. C. Geuer und G. M. J. E. Meinenburg. Arbeiter G. J. F. W. Wende und M. M. S. Heben. Eisenbahn-Wagenschieber G. F. J. Ch. Köster und J. M. C. D. Stegmann. 25. Wäder H. F. C. M. Hesse zu Gredsmühlen und G. F. M. W. Wende. Ingenieur M. W. G. Bergau zu Dortmund und A. M. A. Strund. Maurer W. H. Ch. M. Wegener und W. M. C. Lees. Tischler C. W. Schel und F. C. E. Brandt. 26. Kaiserwärter J. W. G. Köhl und J. J. J. C. Meyer zu Buchholz. Bureaugehilfe F. J. W. Westen und C. D. Schmo. Schriftföher C. J. G. Kugel und A. L. Birschein. Schuhmacher F. W. Krausmann und W. M. H. Hamann. Stellmacher G. H. W. Ganzel und G. C. J. Heidmann. 27. Arbeiter C. H. J. W. Nees und W. M. D. Hill zu Hof Sievershagen. Kaufmann J. F. C. Mohr und G. A. Bergström. 28. Maurer H. F. L. Petrie zu Hamburg und M. J. C. G. Warnemünde. Viehhändler F. H. G. Hoffmann zu Schönböden und C. M. G. F. Franke. Arbeiter D. H. G. Groth und A. C. E. Kipp. Seemaschinist C. C. W. Franzen und W. G. C. Burmeister. Handlungsgehilfe F. Ch. L. Martens und A. D. M. Schmitz.

#### Chefschickungen.

24. Oktober. Schlachter E. Th. G. W. Cadow und L. D. W. Westphal. Wäder J. F. W. L. Göbel und C. D. D. Warbel. 25. Sekretär der kurländischen ökonomischen Gesellschaft J. Böttcher zu Mitau und M. L. Rosenbergs. 26. Arbeiter C. W. Kiende und G. A. M. Willwater. Kaufmann D. H. G. Evers und M. M. A. H. Schwebel. 27. Kaufmann C. J. B. Wigger und M. C. J. Schütt. Kellerer J. D. Böhndorf und Ch. M. C. R. Lemm. 28. Eisenbahn-Wagenschieber J. W. Ch. Möller und Witwe G. M. H. Schuldt, geb. Wulf. Hausdiener A. H. G. F. M. Gant und M. W. D. Scheller. Arbeiter C. G. H. Behne und L. J. K. Böttcher. Buchbinder C. Orlamünder und G. S. D. M. Nothenstein Betriebsingenieur B. Th. Vogt zu Bremen und A. M. D. Hipp. Seifenfabrikant A. H. G. Göhne zu Neustadt i. Holst. und L. M. D. Köhn. Arbeiter A. H. F. Svensson und G. A. Braudsch. Schlosser A. F. W. Kleinforge und A. M. W. G. Schrep. Antischer C. Ch. F. Benede und G. L. W. H. H. Seemaschinist F. A. H. K. J. Jahnke und A. M. M. L. G. Kopper. Monteur R. Beverta und D. C. C. Langbehn.

#### Sterschwanz-Viehmarkt.

Hamburg, 31. Oktober.  
Der Schweinehandel verlief gut.  
Rugeführt wurden 2800 Stück, davon vom Norden — Stüd, vom Süden — Stück. Preis: Segetswein — 21, Berliner-Schwein, schwere 74—76 Mark, leichte 72—73 Mark, 3—4 J. 69—73 Mark und 4—5 J. 70—72 Mark. Der Brund